

Der Weltbank-Präsident kommt Geld oder Leben

Am 19./20. Mai wird der Weltbank-Präsident Conable Wien einen Besuch abstatten. Ein Verantwortlicher für Hunger, Ausbeutung, Terror und Kriege auf der ganzen Welt kommt ans "Tor zum Osten". Von Finanzminister und Weltbank-Gouverneur Lacina eingeladen, wird über die Einrichtung eines Weltbank-Büros in Wien konferiert. Zweck des Büros: eine Koordinierungsstelle für den RGW-Raum (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe - "Ostblock"). Conable hat überdies den Wunsch geäußert, mit Vertre-

Innen von Nicht-Staatlichen Organisationen (NGOs) ein Gespräch zu führen. Für diese Imagewerbung stellten sich einige Gruppen aus der AGEZ (Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit) zur Verfügung. Gruppen wie die Caritas, ÖIE (Österreichischer Informationsdienst für Entwicklungspolitik), Lateinamerikainstitut und eine VertreterIn der Solidaritätsbewegung werden versuchen Mister Conable von der Schlechtigkeit seines Tuns zu überzeugen.

Außerdem in diesem TATblatt:

Graz:

Stadt bricht Abkommen:
Doch kein selbstverwaltetes
Sozial- und Kulturzentrum in
der Sterngasse

Westberlin-Kreuzberg:
Krawalle zum 1. Mai

Westeuropa:

Neues vom Hungerstreik der
politischen Gefangenen in der
BRD und in Westberlin

Waltraud Liewald (ehem.
Boock) über ihre mehr als
zehnjährige Isolationshaft in
Österreich

Portugal:

15 Jahre nach der
"Nelkenrevolution":
Otelo de Carvalho sitzt
immer noch im Gefängnis

Indonesien:

Präsident Suharto gibt in
seiner Autobiographie zu, für
die "Todesschwadronen"
verantwortlich zu sein

und vieles andere

(tb)

In den Tagen davor werden einige Gruppen Infostände an zentralen Orten Wiens durchführen. Ebenfalls soll es an diesen Tagen Informationsveranstaltungen zur Weltbank-Politik

bank und am Afro-Asiatichen-Institut - wo zu dieser Zeit das Treffen der NGOs mit dem Weltbank-Präsidenten stattfindet - vorbeiführen. Die Abschlußkundgebung findet beim Gastgeber im Finanzministerium statt. Vor



geben. (geplant sind: Universität für Bodenkultur, Rotstilzchen, Afro-Asiatiches-Institut und Wirtschafts-universität)

Am 19. Mai (Treffpunkt Nationalbank, 16 Uhr) gibts eine gemeinsamen "Bankenspaziergang". Die Route soll an den Zentralen der CA und Länder-

jeder Bank wird ein RednerIn ein signifikantes Länderbeispiel schildern. Anhand von Brasilien, Ghana und den Philippinen werden die Auswirkungen der Weltbankpolitik dargestellt. Vor dem Finanzministerium wird die Beteiligung Österreichs an der Weltbankpolitik aufgezeigt.

mehr dazu im Blattinneren

Die Weltbank und der Internationale Währungsfond

(Wäst-Berlin 1988. 1b)

Nach dem 2. Weltkrieg entstanden im Rahmen der Neuordnung des Weltwirtschaftssystems auf der Konferenz von Bretton Woods 1944 die Weltbank (WB) und der Internationale Währungsfond (IWF) als Institutionen der kapitalistischen Weltherrschaft. Es ging und geht um die Umsetzung der Politik auf Weltmaßstab - Entwicklung durch Vernichtung. Die sozialen und politischen Kämpfe in Europa (insbesondere Süd- und Südosteuropa), den USA und in den drei Kontinenten bildeten den Hintergrund der Entstehung von IWF und WB. Diese Kämpfe zwangen die USA und die anderen "freien" Staaten zum Beginn einer schrittweisen Entkolonialisierung der drei Kontinente und der Errichtung von abhängigen Wirtschaftsräumen in Europa und Japan. Dieses Konzept geriet Ende der 50er Jahre endgültig in die Krise. Ursächlich hierfür waren antikolonialistische Kämpfe und Befreiungsbewegungen und der Zusammenbruch der Industrialisierungsentwürfe der am weitesten entwickelten Länder in Lateinamerika und in Asien.

Die Antwort hierauf war die 1961 von der UNO ausgerufene "Entwicklungsdekade" mit ihrem Kernstück der "Grünen Revolution". Dies bedeutete für die Menschen in den drei Kontinenten die Zerstörung ihrer Subsistenzstrukturen, die Vertreibung der sogenannten ländlichen Überbevölkerung in die Slums der neu entstehenden Industriezentren. Dies war gleichzeitig der Beginn einer neuen Umsetzung patriarchaler Gewalt durch die Durchsetzung der Geldwirtschaft.

Integraler Bestandteil der Entwicklungsdekade waren die Kredite der Weltbank, die hauptsächlich infrastrukturelle Voraussetzungen für die Durchdringung der Ökonomien in den drei Kontinenten finanzierten (Häfen, Straßenbau, Staudämme).

Doch gegen Ende der 80er Jahre erhob sich eine Serie von Aufständen in der Peripherie (der sogenannten Dritten Welt) wie auch in den "entwickelten" Staaten. Diese Kämpfe

führten direkt in die Krise der 70er Jahre.

Die Antwort war der frontale Angriff auf die Menschen weltweit: Verteuerung und Verknappung des Weizens, Verteuerung des Öls und die verschärfte Inflationierung des Dollars. Kalkulierte Folgen waren Millionen von Hungertoten in der Peripherie, Verlagerung der "unproduktiven Industrien" von den "entwickelten" Staaten in die Peripherie (niedrigeres Lohnniveau) und Massenarbeitslosigkeit und Reallohnsenkung in Europa und den USA. Vor dem Hintergrund der nun entstehenden massenhaften Kreditvergabe, die sich aus den durch überschüssige Petro- und Eurodollars aufgeblähten internationalen Finanzmärkten speist, tritt nun die sog. "Stabilisierungspolitik" des IWF mehr und mehr in den Vordergrund. Im Kern bedeuten diese Programme Abbau der "unproduktiven" Ausgaben (Nahrungsmittelsubventionen etc.) und die Umstrukturierung der Wirtschaft der "Dritt-Welt" Staaten zu Zulieferern für die multinationalen Konzerne. Doch schon Ende der 70er Jahre zerbrach dieses Entwicklungskonzept durch den weltweit explodierenden Widerstand, der in der nicaraguanischen und iranischen Revolution seinen Höhepunkt hatte, vollends. Die inszenierte 2. Ölkrise 1979 war das Sprungbrett in die Politik des "teuren Dollars". Durch die Erhöhung des Zinsniveaus werden die Schulden aufgewertet: daraus folgt die sog. Schuldenkrise. Hauptorganisatoren dieser Schuldenkrise sind IWF und WB.

Zusätzlich verschaffte sich der "Westen" mit Hilfe der IWF-Auflagenpolitik ein wesentliches Instrumentarium zur Durchsetzung seiner Weltsozialpolitik.

Ob die Menschen etwas zu essen haben, unter welchen Bedingungen sie arbeiten müssen, ob sie zwangssterilisiert oder dem Hungertod preisgegeben werden, liegt fast vollständig jenseits der Entscheidungsmöglichkeiten von nationalen Regimen, egal ob es sich um Militärdiktaturen, "Demokra-

ten" oder ehemalige Befreiungsbewegungen handelt. Überall ähneln sich die Folgen dieser Weltsozialpolitik. Millionen Menschen werden ihrer Existenzgrundlage beraubt und aus ihren Lebenszusammenhängen vertrieben.

Im Zentrum dieses Angriffs stehen die Frauen. Massensterilisationen und eine regelrechte "Vernichtung durch Arbeit" in den Weltmarktfabriken und -bordellen bilden nur die Spitze dessen, was patriarchale Ausbeutung in den 80ern bedeutet.

Auch bei uns wird die IWF-Politik deutlich sichtbar. Mithilfe der Hochzinspolitik werden auch hier die Einkommen gesenkt und uns neue Bedingungen aufgedrückt (flexible Arbeitszeiten, Teilzeitarbeit, Zwangsarbeit, Streichung in allen sozialen Bereichen, Pensionsreform etc.).

Der Ruf nach Schuldenstreichung mag zwar eine momentane Erholung für die abhängigen Länder bedeuten, aber neue Mechanismen werden die alten ablösen, langfristig ändert sich nichts. Die defensiven Verlautbarungen der Banker und Staatsmänner zur Schuldentrückzahlung in letzter Zeit deuten eher darauf hin, daß eine teilweise Streichung der Schulden oder günstigere Rückzahlungsbedingungen ganz im Sinne der Erhaltung der Politik von IWF und WB sein können. Der weltweite Widerstand zwingt das System sich zu reformieren und seine Mittel subtiler zu wählen, um weiter effizient arbeiten zu können, ohne allzu schnell als Mordmaschinerie identifizierbar zu sein.

Am 19. Mai wollen wir zeigen, daß die Kämpfe hier, gegen die Umstrukturierung im sozialen Bereich und in der Lohnarbeit, mit den Kämpfen und nationalen Befreiungsbewegungen in der sog. 3. Welt in Zusammenhang stehen. In dem Bewußtsein, daß uns das gleiche Ziel (?) eint und der gleiche Feind gegenübertritt. Der Trennungstrich verläuft nicht zwischen "Norden" und "Süden", sondern zwischen oben und unten.

Österreich und die Weltbank-Gruppe

(El Salvador Komitee. Tb)

In Weltbank und im Internationalen Währungsfond (IWF) gilt: Wer zahlt, schafft an. Die Stimmrechte sind nach dem Kapitaleinsatz der Mitgliedstaaten verteilt. Die USA, Großbritannien, Frankreich, die BRD und Japan halten allein 41 Prozent der Stimmen. Die übrigen Länder teilen sich den Rest. Österreich ist Mitglied der Weltbank und deren regionalen Tochterbanken und gehört zusammen mit Belgien, der Türkei, Ungarn und Luxemburg einer Stimmrechtsgruppe an. Sein Anteil an den gezeichneten Quoten ist sehr gering (unter ein Prozent), das Gewicht und die Einflußmöglichkeit auf Entscheidungen dieser Institutionen naturgemäß auch.

Grob lassen sich Österreichs Beiträge und Kooperationen mit den internationalen Finanzinstitutionen in drei Bereiche gliedern:

1) Die regelmäßigen Einzahlungen zur Auffüllung der Quoten. (erfolgt durch Hinterlegung von Schatzscheinen bei der Nationalbank, die nach Bedarf eingelöst werden) Auf Verwendung der Gelder hat Österreich keinen Einfluß - 0,81 Prozent Stimmanteile.

2) Die Weltbank-Milliarde/Kofinanzierung: 1988 wurde ein weiteres Kofinanzierungsabkommen mit der Weltbank abgeschlossen - Wert 1 Milliarde Schilling. Nach Aussagen des österreichischen Vertreters bei der UNO soll dieses Geld für Projekte in subsaharischen Staaten (z.B. Uganda) verwendet werden. Kofinanzierungsprojekte werden bilateral abgewickelt, Österreich hat meist auf die Auswahl der Auftragsvergabe an heimische Firmen mehr Einfluß als auf das Projekt selber. Nach Angaben der Bundeswirtschaftskammer ist die Kofinanzierung als attraktives Ersatzinstrument für Exportkreditförderung zu sehen, die aufgrund der "Schuldenkrise" an Bedeutung verloren hat. (Kontrollbank garantiert nicht mehr bestimmte Kredite.)

3) Die Kooperationsvereinbarung von 1987: In diesem Rahmen verpflichtete sich Österreich für einen Sechsjahreszeitraum 25 Millionen Schilling als Fonds zur Verfügung zu stellen. 5/6 dieser Summe stammen aus dem Budget, 1/6 wird von der Bundeswirtschaftskammer aufgebracht. Zweck dieses Fonds ist es, "österreichische Firmen im internationalen Geschäft verstärkt einzuschalten". Aus diesem Fonds werden außerdem österreichische Konsulenteneinsätze und Studien zur Projektvorbereitung und -überwachung bezahlt. Erster Nutznießer von derart hochdotierten Konsulenteneinsätzen war Hannes Androsch. Für drei Wochen Einsatz in Botswana kassierte er 100.000 Schilling.

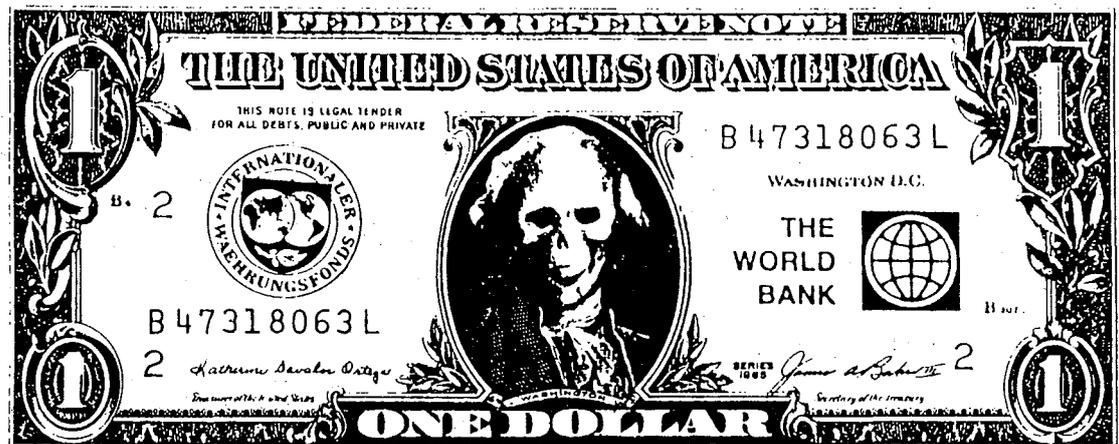
Zur Einschätzung des offiziellen Österreichs in Bezug auf Weltbank/IWF:

"Wichtiger noch als das Finanzvolu-

kenden Rohstoffpreisen und mangelnder Kreditwürdigkeit leidenden Entwicklungsländer sahen sich gezwungen, ihren wirtschaftspolitischen Kurs zu korrigieren. Sie verfaßten unter Mitwirkung von Währungsfond und Weltbank Strukturanpassungsprogramme. In diesen Programmen geht es um die Korrektur von wirtschaftspolitischen Fehlentwicklungen, um so neue Wachstumschancen zu eröffnen und die Kreditwürdigkeit wiederherzustellen bzw. zu verbessern.

Wenngleich Anpassungen soziale Kosten mit sich bringen, so läßt sich doch in der Regel sagen, daß sie auf eine Besserstellung der ärmsten Gruppen (Arbeitslose, Kleinbauern) zu Lasten der städtischen Oberschicht und des Mittelstandes abzielen."

Zitat aus dem nicht beschlossenen Entwurf des neuen Dreijahresprogramms für Entwicklungshilfe.



men ist jedoch der Umstand, daß an diesen Institutionen Geber wie Empfängerländer beteiligt sind und somit ein partnerschaftlicher Dialog frei von bilateralen außenpolitischen Überlegungen aufgebaut werden kann. Dieser Dialog erstreckt sich nicht nur auf Entwicklungsprojekte, sondern auch auf die von den Entwicklungsländern zur Förderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erforderlichen institutionellen und politischen Rahmenbedingungen, sowie deren Verbesserungen.

Dieser politische Dialog hat sich in den letzten Jahren deutlich weiterentwickelt. Insbesondere die unter sin-

Nochmal alle Termine:

nächstes Vorbereitungstreffen: Donnerstag, 11. Mai im Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8) um 18 Uhr.

Freitag, 19. Mai:

10.30: Pressekonferenz mit Conable im Finanzministerium (Wien 1, Himmelpfortgasse)

15.30 bis 18 Uhr: NGO-Treffen mit dem Präsidenten im Afro-Asiatischen-Institut (Wien 9, Türkenstraße 3)

16.00: Bankenspaziergang; Treffpunkt: Nationalbank (Wien 9, Otto Wagnerplatz, in der Nähe vom Landesgericht I)

Heimatlos oder so

Die Suche nach Wohn- und Lebensraum der Hausgemeinschaft Aegidi/Spalo

(tb)
Am Samstag, den 22. April, besetzten Leute der ehemaligen Hausgemeinschaften Aegidi/Spalo jenen Spielplatz in Wien-Gumpendorf, der nach dem Abriss ihrer geräumten besetzten Häuser auf dem Areal errichtet worden ist, auf dem bis dahin (Sommer 1988) die Häuser gestanden sind.

Sie bewohnten den Spielplatz in Zelten und Schlafsäcken, bis sie am 25. April von Bezirksvorstehung und Polizei unter Androhung von Staatsgewalt zur Räumung desselben aufgefordert wurden. Zum x-ten Mal obdachlos geworden, zogen sie sodann in ein subventioniertes Theaterzelt ein, daß zur Zeit im Sigmund-Freud-Park aufgestellt ist. Dort sollte vom 26. April an das "Wiener Ensemble" das Stück "Heimatlos" von Reinhard P. Gruber spielen.

Das Ensemble zeigte sich überaus kooperativ, und erlaubte den Aegidi/Spalos die Nächtigung im Zelt, mit Ausnahme der Zeiten der Aufführungen, die dadurch nicht beeinträchtigt werden sollten. Ebenso boten sie an, daß die Hausgemeinschaftsleute für sie bezahlte Arbeit verrichten könnten. Alle Wogen schienen sich in Einvernehmen und Wohlgefallen zu glätten... bis schließlich tags darauf ein Telefonanruf der Gemeinde Wien kam. "Premiere oder Chaos" lautete die, den Theaterleuten gestellte Alternative. Entweder die Aegidi/Spalos verschwinden, oder das Geld für die Aufführungen werde gestrichen und das Zelt polizeilich geräumt. Nicht zuletzt unter der premierenüblichen Nervosität entschloß sich das Ensemble für ihre "Heimatlos"-Aufführungen und gegen die "Heimatlosen".

Nun wird im Zelt also wieder "nur" gespielt, ohne Gefahr zu laufen durch

Heimatlose oder jene, die sie immer wieder in die Heimatlosigkeit prügeln wollen, beeinträchtigt zu werden.

Und so ist alles wieder in der Ordnung: zur Zeit wohnen die Aegidi/Spalos wieder einmal in verschiedenen über die Stadt verstreuten Parks.

Auch Dieter Schrage, der Direktor des Museums des 20. Jahrhunderts, der sich an den, von VertreterInnen der Hausgemeinschaften geführten Verhandlungen unentwegt solidarisch beteiligt hatte, zieht seine Schlüsse in Bezug auf die Grenzen der vielbeschworenen "Freiheit der Kunst": "Frei sind die 'Freien (Theater-)gruppen' nur im Rahmen der Spielweise eines eingezäunten und mit Lämpchen versehenen Kunstbetriebes, dessen Grenzen irgendwo zwischen Peymanns 'Heldenplatz' und Peter Wecks 'Cats' liegen."

Von der Straße unter die Autobahn

Gänsbachergasse:

Endlager für Obdachlose zwischen ARBÖ-Prüfstation und Südost-Tangente

(hiob: tb)
In dieser frostlosen, strukturell benachteiligten Gegend des 3. Wiener Gemeindebezirkes befindet sich ein Familienasyl für 300 Menschen. Jetzt will die Gemeinde Wien unter der Verantwortlichkeit von Frau Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Soziales Ingrid Smejkal eine "Wohnstätte" für weitere 300 Obdachlose hinzubauen. Dieses Vorhaben kostet rund 80 Mio. Schilling. Das sind etwa 250.000 Schilling pro BewohnerIn - ohne Betriebskosten. Um diesen Betrag könnte mensch, mit dem nötigen politischen Willen, eine Wohnung beschaffen, von der ich nicht einmal zu träumen wage.

In der "alten Gänsbachergasse" wohnen Ehepaare und Familien auf 10-20 m² großen "Wohn"einheiten zusammen. Die 5 m² pro Person führen zwangsläufig zu Spannungen und sozialer Dramatik. Doch der Fortschritt macht auch hier nicht halt: Vor einem

halben Jahr bekam jede Kammer Lichtschalter und Steckdose, um den Strom nicht um 22.00 zentral abdrehen zu müssen, wie es mit der Gasversorgung heute noch geschieht. An medizinische und soziale Versorgung ist nicht zu denken.

Mit dem Bau der "neuen Gänsbachergasse" wird die Zahl der Insassen auf 600 erhöht - eine sozialpolitische Errungenschaft? Die SandlerInnen bekommen zwar Einzelkojen mit etwa 10 m², die soziale und medizinische Situation wird jedoch nicht verbessert.

Die Summe der Fakten: Wieder nur ein Ghetto abseits der Stadt, abgegrenzt, abgeschoben, im Endlager hausend, stehen die Obdachlosen als Mahnmal der Gesellschaft und als Abschreckung für jene, die aus ihr ausbrechen wollen/müssen.

Konträr dazu steht das Projekt des Vereins HIOB, das intensive Betreu-

ung in Kleingruppen vorsieht. Das kategorische Nein der Gemeinde Wien verhindert das vom ehemaligen Sozialminister Dallinger und der Arbeitsmarktverwaltung geförderte Vorhaben, das Haus am Währinger Gürtel 104 für Obdachlose umzugestalten. Übrigens jenes Haus, das den Ägidis vorgeschlagen wurde.

Rund 13.000 Obdachlose in Wien warten auf bessere Lösungen als Winternotquartiere, Tagesheime und Asyle. Sie warten auf eine jener 100.000 leerstehenden Wohnungen, die meist Spekulationszwecken dienen und deren Freigabe für jeden Menschen eine Selbstverständlichkeit wäre.

HIOB führt zur Zeit eine Unterschriftenaktion für einen Baustopp der Gänsbachergasse und eine sinnvollere Sozialpolitik durch. Kontakt: Verein HIOB, Rennweg 84, 1030 Wien. Spenden auf Konto Nr. 697061406 bei der Zentralsparkasse.

Drama oder Komödie?

Hausbesetzung in Graz

Seit Freitag, den 21. April ist es fix. Die Grazer Stern- gasse 4 einziehen. (vgl. viele vorangegangene HausbesetzerInnen werden nicht in die Stern- TATblätter)

(tb-graz)

Bereits am Vorabend fiel in der Klubobmännerkonferenz die Entscheidung, das Projekt "Sozial- und Kulturzentrum" nicht in die Stern- gasse einziehen zu lassen. Begründung: Der Betrieb eines solchen Zentrums sei in ebendiesem Objekt aus baupolizeilichen Gründen nicht zu gestatten.

Zufall am Rande: Vizebürgermeister Edegger (ÖVP), seineszeiten der größte Quertreiber in Sachen Hausbesetzung, ist der höchste Baupolizeibeamte der Stadt Graz. Und um das politische Klima in der Stadt nicht zu gefährden, machte auch die SPÖ einen Rückzieher, und brach somit den mit den HausbesetzerInnen abgeschlosse-

nen Vertrag.

Am darauffolgenden Montag (24. 4.) antworteten die HausbesetzerInnen, indem sie gegen 10 Uhr vormittags das Büro von Bürgermeister Stingl besetzten. Wieder gelang es den Politikern - diesmal traten Stingl und Edegger sogar gemeinsam auf - die AktivistInnen in langwierige Gespräche zu verwickeln. Das Politduo lies von vornherein durchblicken, daß das Projekt Stern- gasse gestorben sei, sie aber bereit wären, ein Objekt in der Friedrich- gasse (eine öffentliche Badeanstalt, welche zur Zeit noch in Betrieb ist) als Ausweichmöglichkeit anzubieten.

Ebendieses Tröpferlbad befand sich aber schon Ende Jänner unter den drei, den BesetzerInnen als Ersatzlösungen für die ursprünglich besetzte Ägydigasse angebotenen Objekten, und schied damals aus räumlichen Gründen zu Gunsten der Stern- gasse aus. Die BesetzerInnen akzeptieren aber einstweilen den Vorschlag der Stadt, und ließen sich das Gesprächsergebnis schriftlich bestätigen.

Noch am selben Nachmittag wurde das Haus in der Friedrich- gasse (zum zweiten Mal) besichtigt, und als zwar schön aber viel zu klein beurteilt. Im Moment herrscht wieder Ratlosigkeit. Die Bemühungen seitens der Stadt, diesmal wirklich Ernst zu machen, und das Projekt im Tröpferlbad zu realisieren scheinen zwar diesmal durchaus ehrlich zu sein, aber durch den mehrmonatigen Kampf im Dschungel der Bürokratie ist das Vertrauen in die Politiker berechtigterweise - sehr gesunken. Darüberhinaus scheint keineR der BesetzerInnen mit dem Tröpferlbad so richtig zufrieden zu sein. Wie lange soll sich dieses Drama noch hinziehen?



Wien:

"Fahrgast" kritisiert geplante Kürzung der U6

(phx: Fahrgast)

Die Interessensvertretung der BenützerInnen öffentlicher Verkehrsmittel, "Fahrgast", kritisierte Überlegungen zu einer möglichen Kürzung der Noch- Stadt- u- Bahnlinie U6. Die Stadt Wien plane, die U6 aus Kostengründen zunächst nicht - wie ursprünglich projektiert - bis zum Schnellbahn- Bahnhof Floridsdorf zu führen, sondern nur bis zur heutigen Schnellbahnstation "Strandbäder", die am geplanten Welt- ausstellungsgelände liegt, heißt es in der Aussendung. Die von seiten des

Wiener Planungsstadtrats Dr. Hannes Swoboda geäußerte Überlegung, die U6 vorwiegend als Zubringerdienst zum Weltausstellungsgelände einzusetzen, bezeichnet "Fahrgast" als "völlig inakzeptabel".

Öffentliche Verkehrsmittel hätten "in erster Linie nach den Bedürfnissen der StadtbewohnerInnen und erst an zweiter Stelle nach den Erfordernissen kurzzeitiger Großveranstaltungen konzipiert zu werden" (und nach der Expo schon gar nicht; Anm tb).

Verbund-Aufsichtsrat Entscheidung über fünf Jahre Energiepolitik am 9.Mai

(phx: verbund u.a.)

Am 9.Mai tritt der Aufsichtsrat der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts AG (Verbundgesellschaft) zusammen. Dabei wird höchstwahrscheinlich eine Entscheidung über die Bestellung des Vorstandes für die nächsten fünf Jahre fallen. Als Wunschkandidaten für die beiden Vorstandsposten präsentierten Umweltverbände Univ.-Prof. Volkmar Lauber und Dipl.-Ing. Erwin Pönitz. Sie sollten eine effizientere und umweltverträglichere Energiepolitik ermöglichen, argumentierten die Vertreter der Umweltschutzorganisationen, als der bisherige Vorstand, Mag. Dr. Walter Fremuth und Dkfm. Hannes Zach. Eine Fristsetzung, basierend auf einem Entschließungsantrag der Grünen, wurde mit den Stimmen der SPÖ- und ÖVP-Abgeordneten kommentarlos abgelehnt. Der Antrag lautete: Das Parlament möge die Bundesregierung auffordern, ein öffentliches Hearing zur Präsentation der verschiedenen energie-

politischen Konzepte zu veranstalten.

Die Forderung der Umweltschutzverbände und der Grünen nach einem öffentlichen Hearing beruht auf der Novelle zum zweiten Verstaatlichungsgesetz von 1978. Darin ist verankert, daß die Bestellung des Verbund-Vorstandes von der Bundesregierung (als Eigentümerversammlung) bestätigt werden muß, ebenso wie die Satzungen der Verbundgesellschaft. Weiters besagt die Novelle, daß die Verbundgesellschaft auf die Energiepolitik der Bundesregierung Rücksicht zu nehmen habe. Der Aufsichtsrat der staatlichen Verbundgesellschaft, zu dessen Aufgaben die Bestellung des Vorstands zählt, setzt sich zu je einem Drittel aus Vertretern von Bund, Ländern und Interessensvertretungen (Arbeiterkammer, Bundeswirtschaftskammer) zusammen. Zudem entsendet der Zentralbetriebsrat seine Vertreter in das Gremium. Nicht stimmberechtigt sind am 9.Mai die 49 Prozent der Kleinak-

tionärInnen.

Nach der gestrigen Ablehnung durch die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP wollen die Grünen die Fristsetzung nochmals im parlamentarischen Umweltausschuß am 10.Mai einbringen.

Für den Fall ihrer Bestellung kündigten Lauber und Pönitz eine Konzentration auf kleinere, dezentrale Kraftwerksprojekte an. Fernwärme soll verstärkt genutzt werden, ebenso zum Teil brach liegende Abwärme- und Energiekapazitäten der Industrie. Die Kandidaten wollen neue Statuten für die Sondergesellschaften schaffen (Umwandlung zu Betriebsabteilungen der Verbundgesellschaft). Zudem sollen neue Poolverträge mit Wirtschaftlichkeitsanreizen sowie neue Stromtarifstrukturen, die den Abbau extremer Verbrauchsspitzen (durch Elektroheizungen) begünstigen würden, ins Leben gerufen werden. Auch müße der Ausbau der 380 Kilovolt-Leitung überprüft werden.

Uni Wien:

Hauptausschuß besetzt

Über 200 StudentInnen besetzen den Hauptausschuß der ÖH an der Uni Wien

(linke liste/tb)

Am Donnerstag, dem 27. April beschlossen über 200 Studierende an der SOWI-Fakultät in einer HörerInnenversammlung, nicht länger als Spielball der Exekutive am Hauptausschuß der Uni Wien mitzuspielen. In der Folge besetzten sie die Räume des Hauptausschusses, der als "übergeordnete Ebene" auch die finanzielle Mittelzuteilung der Fakultäten in der Hand hat. Zur Zeit wird die Hauptausschuß-Exekutive von der Aktionsgemeinschaft gestellt, einer Gruppierung, die der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) nahesteht und vermutlich auch von dieser finanziert wird.

Der Protest wurde durch die seit November 1988 herrschende Willkür des geschäftsführenden Vorsitzenden Elmar Wiesmann ausgelöst. Dieser verweigerte der Fakultätsvertretungsexekutive, die von der "Linken Liste"

(LiLi) gestellt wird, sämtliche ihr laut ÖH-Gesetz zustehenden Geldmittel. Die LiLi beschritt vorerst den bürokratischen Weg und brachte mehrere Aufsichtsbeschwerden gegen Wiesmann beim Wissenschaftsministerium ein. Das BuMiWuF (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung; Anm d Korrektor) erteilte Wiesmann zunächst eine mündliche Weisung (im Dezember 1988). Am 22. März 1989 folgte eine schriftliche Weisung, laut der Wiesmann "der Fakultätsvertretung für den Routinebetrieb die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen" habe.

Ende April ließen sich die Studentinnen und Studenten das (gesetzwidrige) Verhalten des Hauptausschusses nicht länger gefallen und besetzten den Hauptausschuß. Elmar

Wiesmann, zunächst wenig einsichtig, mußte sich nach einem dreistündigen Streitgespräch den besseren Argumenten und massiven Unmutsäußerungen der SoWi-StudentInnen beugen: In einer schriftlichen Erklärung sagte er zu, der SoWi-Fakultätsvertretung die regulären Budgetmittel zur Verfügung zu stellen.



Ärzte beim Kartenspielen

Im Sommer dieses Jahres soll in Wien ein Pilotprojekt zur Erprobung eines elektronischen Gesundheitspasses anlaufen. Vorläufig ist die Vorstellung von der Umsetzung des Projektes noch recht diffus; klar ist nur, wer davon profitiert.

(fb)

Sechzig ÄrztInnen sollen im Sommer dieses Jahres mit der Ausgabe der "Medcard" beginnen, auf freiwilliger Basis, mit einem Kostenbeitrag von öS 150 pro PatientIn. Diese Chipkarte - sieht aus wie eine Scheckkarte und wird auch vom gleichen Unternehmen hergestellt - soll im Notfall die Verfügbarkeit der notwendigen Befunde sicherstellen. Sofern das nötige Lesegerät verfügbar ist.

Neben den allgemein zugänglichen Daten soll es einen Bereich geben, der nur über einen Code zugänglich ist und "sensiblere" Daten aufnehmen soll. Bestehende Kartensysteme, wie Blutspendeausweis, Impfkarte, Mutter-Kind-Paß und diverse Notfallkarten sollen in die Medcard integriert werden. Darüberhinaus soll nach der Vorstellung der Ärztekammer die Medcard auch für andere Anwendungsbereiche adaptierbar sein.

Auf den ersten Blick wirkt die Möglichkeit der dezentralen Datenerfassung bestechend. Nach näherer Betrachtung allerdings schwindet die Harmonie, eine Reihe von Problemen taucht auf: Zunächst ist das so eine Sache mit der Einmalhebung von Befunden: gerade Werte wie Cholesterin und Blutdruck können nicht ohne weiteres als konstant vorausgesetzt werden. Übrig bleiben Befunde wie Rhesusgruppe oder Diabetes, die problemlos konventionell gespeichert, sprich niedergeschrieben oder in eine Plastikkarte geprägt werden können.

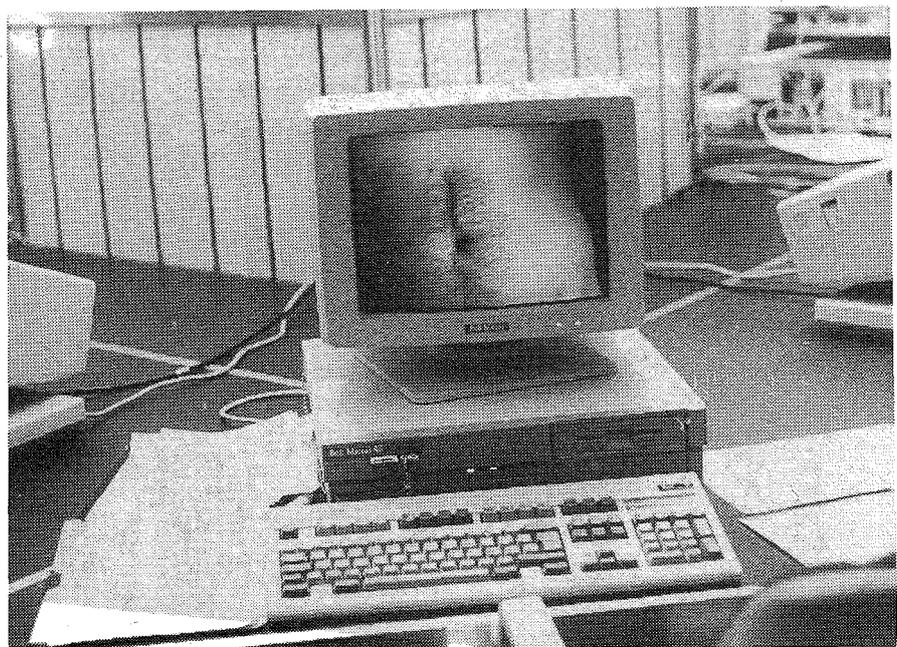
Dazu kommt, daß damit der Erstbefund, der immerhin auch falsch sein kann, eine wesentlich größere Tragweite bekommt. Und die Patientin oder den Patienten mit der Medcard,

wie sich die Ärztekammer das vorstellt, durchs ganze Leben begleitet.

Unklar ist auch, welche Daten letzten Endes auf der Karte gespeichert werden sollen. Genomanalytische Daten können genauso problemlos gespeichert werden wie Harnsäurebefunde - und für die Unternehmen löst sich das Problem der Informationsbeschaffung: in Zukunft trägt jeder ArbeitnehmerIn ihr eigenes Stigma mit sich herum. In Form einer kleinen, grünen Karte. Mit der Integration des Mutter-Kind-Passes vielleicht schon vor der Geburt: nämlich dann, wenn die Mutter eine Fruchtwasseruntersuchung durchführen ließ.

daß meine Lebensversicherungsanstalt, die vielleicht gleichzeitig meine Bank ist, mich noch versichert, wenn sie weiß, daß ich Epilepsie habe oder möglicherweise eine Krankheit, von der ich selbst nichts weiß? Abgesehen davon, daß die zweitausend Zeichen Speicherplatz, die die Chipkarte bieten soll, dann vermutlich sehr bald eng werden.

Vorteile bietet die Medcard natürlich auch - zum Beispiel für die Ärztekammer als Standesvertretung. Sie sorgt dafür, daß die Ärzte und Ärztinnen schneller ihre Wartezimmer leerbekommen. Ganz gleich, ob denen, um deren Gesundheit es eigentlich geht,



Inwieweit es für KartenbesitzerInnen möglich sein soll, auf ihre eigenen Daten zuzugreifen, ist ebenso offen. Sie müssen entweder auf das Recht auf Nichtwissen von Daten oder die Möglichkeit der Kontrolle verzichten.

Unfug ist auch die Idee der Mehrfachbenützbarkeit, wie zum Beispiel Bankomatkarte gleich Medcard: wer sagt,

die Möglichkeit zur Selbstdarstellung immer mehr genommen, der Blick immer mehr auf ein paar Fakten eingeschränkt wird. Ganz gleich auch, ob genug ausgebildete MedizinerInnen auf die Möglichkeit warten, ihr Wissen anzuwenden: Die Fließbandpraxis ist gefragt. Und Computerproduzent Bull erzeugt Soft- und Hardware für die Karte und verdient daran.

.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....

Kreuzberg - Liebling!

(1b)

Es sei erschreckend, stöhnte der ARD-Kommentator am Abend des 2. Mai in sein Mikrofon, daß an diesen Krawallen so viele Hausfrauen und Kinder teilgenommen hätten. Und der gute Mann hat damit den Kern der Sache getroffen; ein bißchen mehr gesehen als andere, als etwa Bürgermeister Momper oder führende AL-FunktionärInnen wahr haben wollen.

Die Auseinandersetzungen zwischen StadtteilbewohnerInnen und Polizei sind, auch in dieser Intensität, nichts neues in Kreuzberg. Bereits vor zwei Jahren wurde der "Kiez" kurzzeitig zum befreiten Gebiet, nachdem die Polizei versucht hatte, das alljährliche Maifest autonomer und unabhängiger Gruppen am Lausitzer Platz aufzulösen. Hunderte von KiezbewohnerInnen hatten unorganisiert Barrikaden gebaut, Geschäfte geplündert und mit dem Beutegut zum Teil am nächsten Tag die eigenen Läden wieder gefüllt. "Fisches Nachtgesang", nicht nur bei AL-lerInnen, auch bei Autonomen, war die Folge: In Flugblättern eilte mensch, sich von "Plünderungen in Tante-Emma-Läden (= KreisslerInnen)" zu distanzieren.

Die folgende Diskussion über Ursachen und Auswirkungen des unerwarteten Krawalls wurde schon sachlicher geführt:

Die Ausschreitungen des 1. Mai 1987 müssen als konsequente Folge der in West-Berlin betriebenen Politik gesehen werden. Der ökonomische Druck auf die einzelnen Menschen nimmt ständig zu. Für April 1988 stand eine defacto Freigabe der Wohnungsmieten bevor. Da keine politische Organisation in der Lage ist, die Bedürfnisse und Probleme der in Kreuzberg (und natürlich auch anderswo) lebenden Menschen zu erkennen und wirksame Widerstandskonzepte zu entwickeln, bricht die Wut der Menschen unorganisiert, nicht ganz klar zielgerichtet, aber sehr geballt aus. Schlußfolgerung: Die radikale Opposition zur Politik der Herrschenden muß eigenständig auftreten, klare Positionen beziehen, den Betroffenen die Mög-

lichkeit geben, sich in den Kampfhalten und -formen der Radikalen (zB Hausbesetzungen, kollektive Plünderungen,...) wiederzufinden.

Anfang Mai 1988 verzichteten daher die autonomen und antiimperialistischen Gruppen auf die Teilnahme am alljährlichen Maiaufzug des Gewerkschaftsbundes und organisierten eine eigene - revolutionäre - Maidemo durch Kreuzberg, an der sich über 10 000 Menschen beteiligten. Es war ein Riesenerfolg.

Seit vorigem Jahr hat sich in Berlin einiges verändert: Die Senatswahlen haben die AL im Windschatten der

SPD in die Stadtregierung gebracht. Vor den einstigen Forderungen der AL, etwa der Rücknahme der freien Mietzinsbindung, Wohnungsanierungen auf Kosten der Hausbesitzer usw. ist nach den Koalitionsverhandlungen nicht mehr viel übriggeblieben. Und Ende März stimmten die AL-VertreterInnen sogar der Räumung besetzter Häuser und Wohnungen zu, die selbst von Kreuzberger AL-lerInnen als Spekulationsobjekte bezeichnet worden waren (siehe TATblatt minus 93)

Die Botschaft war von den Betroffenen wohl gehört worden: Hatten sich die VeranstalterInnen der heuer unter dem Motto "es gibt keine



...1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....1. Mai.....

Der Kampftag der ArbeiterInnenklasse in...

(eine Rundschau - leider unvollständig und oberflächlich...)

....Hamburg:

Am Rande der Maidemonstrationen wurden 4 Häuser besetzt. Die Polizei schritt sofort ein und stellte die Ordnung der Herrschenden wieder her

....Monclava/Mexico:

etwa 500 Bauern und Bäuerinnen stürmten am 1. Mai das örtliche Gefangenenhaus und befreiten 6 wegen "illegaler Landnahme" (Landbesetzungen) inhaftierte Personen, die im anschließenden Tumult allesamt untertauchen konnten

....Chile:

mit Tränengas gingen die faschisti-

schen Machthaber in mehreren chilenischen Städten gegen demonstrierende Bauern und Bäuerinnen und StudentInnen vor, die Barrikaden errichtet und Parolen gegen die Militärdiktatur gerufen hatten. Im ganzen Land wurden etwa 130 Personen verhaftet.

....Istanbul:

"habt kein Erbarmen mit Demonstranten" stachelte der Polizeifunk an. Die Beamten folgten dem Befehl. In der bei Waldheim und Mock so beliebten faschistischen Türkei wurden allein am 1. Mai eine Person von der Polizei ermordet, etwa 40 weitere durch Schußwaffen verletzt (4 davon sind in Lebensgefahr) und 533 Personen festgenommen.

....Wien:

Regen; Freistilschwimmen gegen Sozialabbau im Volksgarten und die üblichen Worthülsen am Ballhausplatz/vor dem Parlament/dem Burgtheater

....Graz:

Die Polizei hindert eine Gruppe Personen mit einer rotschwarzen Fahne und Flugblättern zum Hungerstreik der politischen Gefangenen in der BRD am offiziellen Maiaufmarsch teilzunehmen.

...

.....Fortsetzung Kreuzberg

Alternative zur Revolution" (ein klarer Seitenhieb auf die "rot-grüne Alternative für Berlin") abgehaltenen revolutionären Maidemo anfangs noch vor den Folgen des AL-Eintritts in die Stadtregierung gefürchtet und mit deutlich weniger TeilnehmerInnen als im Vorjahr gerechnet, wurden sie bald eines Besseren belehrt. Wieder beteiligten sich mehr als 10 000 Menschen am Zug durch Kreuzberg und Neuköln. Sex-Shops und Supermärkte wurden entglast. Als dann zu Beginn des Festes am Lausitzer Platz die in der Nähe gelegene Filiale eines Getränkekonzerns geplündert wurde, griff die Polizei mit Schlagstöcken und Tränengas ein.

Die uns vorliegenden Berichte über die folgenden Ereignisse lassen den Schluß zu, daß die jeweiligen Schreiberlinge gar nicht am Ort des Geschehens anwesend waren (du wohl schon, ha?; Anm. d. Comp.). Die taz etwa, ehemals als Sprachrohr der Linken gegründet, flüchtet sich ins Bildzeitungsmilieu: "Die Angreifer wafen Brandsätze auf die Beamten (...)

Feuer und Flamme für diesen Staat, skandierten sie, wenn es loderte. (...) der Nachschub an Mollies schien gut organisiert. Angriff und Rückzug wohlüberlegt (...) auffallend war, daß sich ganze Gruppen türkischer kids und junger Männer beteiligten. (...) in organisierten Kleingruppen besetzten gutgekleidete Schüler strategische Straßenecken und fachsimpelten wo die Bullen wohl dicht machen würden." Voller Lob hingegen sind taz und AL für "die polizeiliche Strategie der Deeskalation". So habe die Polizei, bevor sie mit Tränengas, Schlagstö-

ken und Wasserwerfern gegen die Menschen vorging, mehrmals per Lautsprecher gebeten, "das Werfen mit Steinen und Flaschen auf Polizeibeamte bitte zu unterlassen" (Polizei im O-Ton)

Die Linie der AL als Regierungspartei ist klar: Im Gegensatz zu den Kämpfen vom 1. Mai 1987 "war es dieses Mal eine politische Provokation, für die es keinerlei Anlaß gegeben hat..." (Harald Wolf, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der AL-West-Berlin).

AN.SCHLÄGE
Feministisches Magazin für Politik,
Arbeit und Kultur

PROBENUMMER ANFORDERN!

1080 Wien, Postfach 172, Tel.: 0222/48 68 96

Bundesrepublik Deutschland: Anti-WAA-Aktivist zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt

(taz:tb)

Wolfgang G. wurde vom Amtsgericht Amberg zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er soll am 16. März 1986 im Zuge von Auseinandersetzungen am Bauzaun der WAA mehrfach Steine und ein armdickes, vierzig Zentimeter langes Holzstück in Richtung Polizei geworfen und "dabei billiger die Verletzung von Polizeibeamten in Kauf genommen haben.

Die Identifizierung Wolfgangs fand auf Basis eines Videobandes der Dokumentationsgruppe des Bundesgrenzschutzes statt, auf denen eine Menschenmenge und verschiedene im Flug auf Polizisten befindliche Gegenstände sichtbar sind. In der Menge: Ein vermummter Mann mit grauem Sweatshirt mit schwarzen Punkten. Auf Fotos des Erkennungsdienstes, die anlässlich einer früheren Festnahme Wolfgangs mal gemacht worden sind, trug er ein gleiches Leiberl. Die Staatsanwältin urteilte begeistert: "Das ist Wolfgang G." und forderte 20

Monate ohne Bewährung. Die Verteidigerin beantragte hingegen Einstellung des Verfahrens bzw Freispruch, da auf strafprozessual zulässige Weise keine Identifizierung möglich gewesen ist. Schon allein die erkennungsdienstlichen Bilder hätten seinerzeit vernichtet werden müssen, da das damalige Verfahren längst eingestellt werden mußte.

Der Richter schloß sich der Argumentation der Staatsanwältin voll und ganz an und verurteilte - unter Einbeziehung der inzwischen verbüßten Strafe - auf ein Jahr unbeding.

Der Prozeß war zuvor 15 Monate verschleppt worden. Da Wolfgang Briefkontakt mit RAF-Gefangenen unterhalten haben soll, war er überdies "besonderen Sicherheitsmaßnahmen" ausgesetzt. Seit 6. April befand sich Wolfgang im Hungerstreik für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

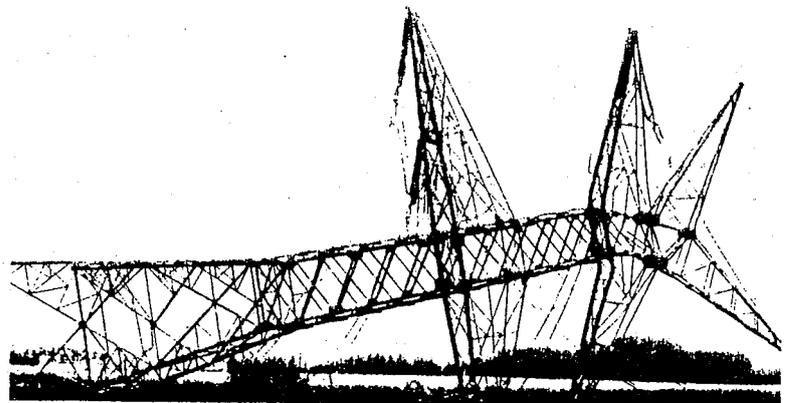
Während des Prozesses gefährdete Wolfgang wiederholt die "Aufrechterhaltung der Ordnung im Sitzungssaal", indem er sich mehrmals nicht von seinem Platze erhoben hatte, obwohl er das eigentlich hätte tun müssen. Er wurde dafür mehrfach von der Teilnahme an seinem Prozeß ausgeschlossen. Da er einmal trotzdem nicht gehen wollte, mußten ihn zwei Beamte mit Gewalt abführen und hiebei seinen Kopf gegen die Sitzungszimmertür knallen. Anträge auf Namensfeststellung des amtsgehandelten Beamten oder auf Untersuchung des verwundeten Angeklagten durch einen unabhängigen Arzt wurden vom Richter abgelehnt. Wolfgang forderte daraufhin vom Rest der Verhandlung ausgeschlossen zu werden, was vom Richter ebenfalls abgelehnt wurde: "Wir sind das Gericht, wir reagieren nur; allerdings wenn sie uns beleidigen...". Sodann nennt ihn Wolfgang einen Knallkopf, tags darauf einen faschistischen Paragraphenhengst ehe er somit ausgeschlossen wurde.

Strommast-AbsägerInnen dürfen sich "bewähren": Urteil gegen drei vormals im Startbahnprozeß Angeklagte vor dem Oberlandesgericht Frankfurt

(taz:tb)

Am 27. April fällt das OLG Frankfurt sein Urteil über zwei Angeklagte, die Strommaste umgesägt hatten und sich somit des "gemeinschaftlichen Vergehens der Störung öffentlicher Betriebe" schuldig gemacht haben. Ihre Verfahren waren erst vor wenigen Wochen vom Prozeß über die tödlichen Schüsse an der Startbahn West im Herbst 1986 abgetrennt worden.

Sigrun G. hatte die Beteiligung an zwei Mastsägeaktionen gestanden. Als strafmildernd wurde ihr zuerkannt, daß der in Zusammenhang mit den Startbahnschüssen des Mordes angeklagte Andreas E. sie damals dazu "aufgefordert, überredet" habe, mitzumachen. Außerdem "berücksichtigte" das Gericht die Motive der Angeklagten: Sie habe als "engagierte Atomkraftgegnerin" gehandelt und endlich



"auch mal was für die anderen machen" wollen.

Die Tatbeteiligung des Michael B., der zu einem Jahr Haft auf Bewährung verurteilt wurde sah das Gericht als "relativ gering" an. Bei Ursula J. sah das Gericht von einer Strafe ab, da sie durch die Verletzungen, die sie sich bei der Aktion zugezogen hatte, ge-

straft genug sei. Sie war damals, als der Mast auf die falsche Seite fiel, durch den Lichtbogen lebensgefährlich verletzt worden.

Außer zu den Bewährungsstrafen verurteilte das Gericht Sigrun und Michael zu Geldstrafen von 1 500 bzw 1 000 DM.

Neues von Ingrid Strobl: Autoritärer Staat Bundesrepublik Deutschland?

(tb)

Abgelehnt, zurückgewiesen, abgelehnt, zurückgewiesen ...

Mit einer ganzen Serie von Ablehnungsbeschlüssen ging der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf in die voraussichtlich letzte Runde des Strobl-Verfahrens. Mit kurzen, knappen Begründungen wurde der Haftentlassungsantrag und vier Beweisanträge der Verteidigung abgeschmettert, unter anderem zur Klärung, ob Ingrid Strobl bereits vor dem "Identifikationszeitpunkt" im Februar 1987 observiert worden war.

Die VerteidigerInnen Edith Lunnebach und Hartmut Wächtler stellten daraufhin zwei neue Beweisanträge: So sollen weitere MitarbeiterInnen des Uhrengeschäftes Wempe in Köln gehört werden und sämtliche Film- und Fotomaterialien, die den Kauf dokumentieren, einbezogen werden. Damit soll bewiesen werden, daß Ingrid Strobl entgegen den von der Anklage behaupteten "Merkwürdigkeiten des Verkaufsvorgangs" beim Kauf des Weckers kein auffälliges Verhalten gezeigt habe. Mit der Einvernahme des Anwaltes Temming, der im Verfahren gegen Gerhard Albatrus aktiv war, soll nachgewiesen werden, daß die Revolutionären Zellen (RZ) auch unwissende Aussenstehende in die Vorbereitung von Aktionen einbeziehen, Ingrid Strobl den Wecker also nicht in Kenntnis des Verwendungszwecks als Tatmittel der RZ gekauft habe.

Der am 19. April eingebrachte Haftentlassungsantrag wurde mit der Begründung abgelehnt, die bisherige Beweisaufnahme habe den dringlichen Tatverdacht nicht ausgeräumt. Das, obwohl Richter Klaus Arend inzwischen vom Anklagevorwurf der Mitgliedschaft und Mittäterschaft in den RZ abgegangen ist und die einzigen Anhaltspunkte für eine bewußte Tatmittelbeschaffung im Zuge der Beweisaufnahme hinfällig wurden. Zudem bestehe nach wie vor Fluchtgefahr, da Strobl sich durch Ausreise nach Österreich der Strafverfolgung entziehen könnte.

Die Ladung eines Sachbearbeiters des Bundeskriminalamtes (BKA), der einen zusammenfassenden und für Strobl entlastenden Vermerk über die Arbeitsweise der RZ geschrieben hatte, wurde von Richter Arend zurückgewiesen. Der Grund: Die Angaben seien "zu unbestimmt und wertend".

Denunziation ist gesetzmäßiges Verhalten

Am 20. April wurde Gaby H. von der Bundesanwaltschaft in Haft genommen, weil sie sich weigert, als Zeugin in Paragraph 129a Prozessen auszusagen. Nachdem Gaby H. in drei Ermittlungsverfahren bereits Beschuldigte ist, weigert sie sich mit Berufung auf den Paragraphen 55 der deutschen Strafprozeßordnung, eine Aussage zu machen. Zitat aus der Beugehaftanordnung: "Bei der Anordnung von Erziehungshaft geht es nicht unbedingt darum, einen Zeugen zu einer Sachaussage, sondern zu einem *gesetzmäßigen* Verhalten anzuhalten, das darin besteht, die Aussage *nicht ohne gesetzlichen Grund* zu verweigern." (Hervorhebungen im Original!)

Offensichtlich besteht staatskonformes, "gesetzmäßiges" Verhalten vor allem in Denunziation als BürgerInnenpflicht. Eine weitere Zeugin sitzt seit dem 16. März 1989 in der Justizvollzugsanstalt Bühl in Beugehaft. Auch in ihrem Fall wurde der Verweis auf den Paragraphen 55 von der Bundesanwaltschaft mit dem Argument zurückgewiesen, die Verfahren seien alle getrennt.

Was ins Protokoll kommt, bestimme ich

Der Prozeß gegen Uli Winterhalter begann am 25. April mit denselben Schikanen wie in Ingrid Strobels Prozeß, teilweise noch verschärft. Die Ausweise werden wieder mal fotokopiert, "um ihre Echtheit festzustellen", von Notizbüchern bis zu Ohringen muß alles, was nicht angewachsen ist, am Eingang abgegeben werden. Ver-

mutlich ist der Tag nicht mehr fern, wo ProzeßbeobachterInnen den Verhandlungssaal nur mehr nackt betreten dürfen.

Kurz vor dem Termin des ersten Verhandlungstages hat Richter Schmied Uli Winterhalter, dem seit Wochen ein zweiter Pflichtverteidiger seines Vertrauens verweigert wird, noch einen Zwangsverteidiger, benannt "Verfahrenssicherstellungsanwalt", beigeordnet. Rechtsanwalt Hähn ist für seine Bereitschaft, mit den Staatsschutzsenaten zu kooperieren bekannt. Er hat es nicht einmal für notwendig erachtet, mit den Vertrauensanwälten Uli Kontakt aufzunehmen und wird von ihm explizit als Verteidiger abgelehnt.

Die Kritik und die Anträge der Verteidigung an diesem ersten Verhandlungstag richteten sich gegen die Umstände dieser Beiordnung und die Tatsache, daß die Verteidigung bis jetzt noch keine vollständige Akteneinsicht hat. Die Verteidigung hat hingegen Indizien dafür aufgeführt, daß die Existenz größerer, vermutlich Entlastungsmaterial enthaltender Aktenbestandteile dem Gericht und der Verteidigung verschwiegen wird.

Ein Antrag der Verteidigung, der aufgrund formaler Mängel forderte, den Eröffnungsbeschluß für das Hauptverfahren zurückzunehmen, durfte nicht zu Ende begründet werden. Die Unterbrechung des Rechtsanwalts sollte zudem nicht einmal protokolliert werden: "Was ins Protokoll kommt, bestimme ich", herrschte Schmied Uli Vertrauensanwalt Jansen an.

Über die Prozeßerklärung von Uli Winterhalter und konkrete Fakten über den Anklagevorwurf berichten wir (hoffentlich) in TATblatt minus 90. Alleine die Anwaltskosten für Uli Prozeß betragen 10.000 DM. Daher Spendenaufruf auf Konto: Fleckenstein, Stichwort Uli, Kontonr. 353 8218, BLZ 600 501 01, Landesgirokasse Stuttgart

Neues vom Hungerstreik der politischen Gefangenen in Westeuropa:

Übersicht über Initiativen und Aktionen seit 8.4.:

Am 9.4. wurde in Tübingen eine Kirche von 40 Leuten besetzt.

Am 8.4. fand eine Demo in Westberlin mit 5000 Leuten statt.

Am 13. 4. wurde in Hamburg das Büro des Arbeitgeberverbandes entseibt und Brandsätze hingeworfen.

Am 14.4. wurde Mercedes-Benz entseibt.

Am 15.4. besetzten 25 Leute den Festsaal des Bremener Rathauses. 1200 DemonstrantInnen wurden abgedrängt, sodaß nicht mehr Leute nachkommen konnten.

Am 7.4. gab es in Göttingen Anschläge mit Buttersäure auf die Staatsanwaltschaft, das Juridicum der Universität und Büros der CDU. Dabei gingen 31 Fenster zu Bruch.

Am 12.4. gab es einen Brandanschlag auf AEG in Münster. Schaden 2 Millionen DM.

Am 12.4 stürmten Vermummte die Frankfurter Börse und warfen ca. 30 Mollis. Es entstand großer Sachschaden. die Frankfurter Börse (der wichtigste Finanzumschlagplatz in West-Europa) wurde für mehrere Stunden lahmgelegt. Drei Personen wurden nach dem Anschlag verhaftet (nicht bei der Börse, woanders) und kommen in U-Haft. Sie schlossen sich am 21.4. dem Hungerstreik an.

In Westberlin brennen die Berliner und die Dresdner Bank.

Am 13.4. fand eine Demo in Rio de Janeiro zum Generalkonsulat der BRD statt.

Am 15.4. gab es eine Demo in New York zur Lufthansa und zur South African Airlines (in Südafrika befinden sich politische Gefangene seit Februar im Hungerstreik) auch am 15.4. gab's eine Demo in Amsterdam mit 300 Leuten.

Bei einer Demo in Bonn am 29.4.

waren ca. 10 000 Menschen. An der Demo beteiligten sich hauptsächlich Leute aus dem Widerstand, von dem Rest des Bündnisses (Grüne etc.) kamen nur sehr wenige. Die Demoroute wurde im letzten Augenblick

doch noch genehmigt. Es gab einen starken internationalen Block aus Niederlande, Dänemark, Schweiz und Frankreich. Aus Österreich waren kaum Leute dort.

1,5 Millionen Schilling Sachschaden verursachte laut Tageszeitungen ein Brandanschlag, der Montag, den 24. April um 2.30 Uhr auf ein Mercedes-Lager in Wien begangen wurde....



Folgendes Schreiben erreichte uns dazu:

um unserer solidarität mit dem hungerstreik der gefangenen aus raf und anderen militanten gruppen ausdruck zu verleihen, griffen wir in der nacht vom so. 23.4.89 auf mo. 24.4.89 die österreichische niederlassung der firma daimler benz an. wir legten 2 brandsätze unter 2 luxuslimosinen. beide fahrzeuge brannten vollständig aus.

daimler benz ist der größte bundesdeutsche rüstungsmulti und hat so einen einfluß auf die politik in der brd.

die gefangenen befinden sich seit 1.2.89 im unbefristeten hungerstreik die forderungen sind folgende:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppen, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen. freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist. feilassung von günther sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder. freie medizinische versorgung ohne staatschutzkontrolle für alle gefangenen. freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen. zusammenlegung der gefangenen ist eine unbedingte notwendigkeit

hoch die internationale solidarität
liebe und kraft allen kämpfenden gefangenen
kampf dem imperialistischen schweinestaat

Die politische Bedeutung von Zusammenlegung und freier Kommunikation zwischen drinnen und draußen

(eine autonome gruppe)
im hungerstreik (hs) geht es nicht nur darum, bessere haftbedingungen zu erreichen. die zusammenlegung in große gruppen und die forderung nach freier kommunikation mit draußen hat auch eine politische bedeutung. über die zusammenlegungsforderung sind im letzten jahr die antiimperialistische bewegung, die autonomen und viele andere linke gruppen näher zusammengekommen, haben den gemeinsamen kampf um die zusammenlegung über die trennenden ansätze von politik gestellt. über das, was und warum die gefangenen die zusammenlegung und freie diskussion mit 'draußen' fordern, einige zitate aus briefen und erklärungen von gefangenen:

'es gibt seit längerem in den verschiedenen gruppen, kollektiven, organisationen der linken das bedürfnis bei denen, die revolutionäre, umwälzende politik wollen, sich neu zu orientieren und ihre kräfte, unterschiedlichen erfahrungen und einsichten zusammenzubringen und so wirkung und stärke entfalten, die in der bisherigen zersplitterung nicht zu erreichen war. es gibt damit, daß im zusammen kämpfen durchsetzungskraft entwickelt werden kann, ja auch schon praktische erfahrung: die verteidigung der hafenstraße, starke demonstrationen, die von einem bündnis verschiedener kräfte getragen wurden, die anti-iwf-kampagne, und jetzt zeigt es sich ansatzweise wieder im kampf um die durchsetzung unserer forderungen (nach zusammenlegung). ...

es ist überall eine neue offenheit gegenüber den ansätzen der anderen und ihren besonderen erfahrungen zu spüren. ... die möglichkeiten, als gesamte linke zur einheit und in die offensive zu kommen, müssen ... gegen die apparate des staates, die .. schon weit im vorfeld das zustandekommen einer radikalen linken bekämpfen, (durchgesetzt werden).' (gabriele rollnik in ihrer erklärungen zum hungerstreik)

'das ist die andere seite der zusammenlegung:
aus einer ganzen reihe von entwicklungen

gen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden.

... das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, indem revolutionäre politik hier zu einem neuen faktor wird.

.. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand hätten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der 70er jahre ab. der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das. die zusammenlegung ist für uns das erste. dann wollen wir die diskussion.' (zitate aus der erklärungen der gefangenen der raf zum hungerstreik)

'... es wäre total viel verschenkt, wenn diese wichtigsten erfahrungen der letzten 20 jahre, (die) im revolutionären kampf (der guerilla in der brd, anm.) hier gemacht wurden, nicht offen in die diskussion gebracht würden. na, einfach: es sind die reichsten erfahrungen. aus allem, auch aus den fehlern, ist viel zu lernen, und eine sich neu entwickelnde revolutionäre bewegung braucht ein bewußtsein davon, sonst hängt sie geschichtslos, bodenlos in der luft. ...

... das kann also niemals so laufen, daß man sich 'standpunkte' entgegenhält, abtötende ideologische debatten führt oder sich gegenseitig volles rohr den kurs um die ohren haut, den die jeweilige gruppe/tendenz entwickelt hat ...

und wenn ich überlege: mit wem will ich diese große politische auseinandersetzung? - dann ist es so für mich: mit allen, die das aus ihrer existenzziel-

len erfahrung (subjektiv, moralisch, materiell ... wie auch immer) spüren und begreifen, daß wirklich schluß sein muß mit der zerstörung im system und es dagegen darum geht, eine grundsätzlich andere, an den menschen orientierte gesellschaftliche realität durchzusetzen - in den einzelnen kämpfen und über sie raus als umwälzungsprozeß.

... ich glaub, daß es diese kämpfe sind, die in ihrem prozeß zur einheit eine neue revolutionäre bewegung schaffen können.

dazu gehört auch noch was anderes:

... es ist aber grundsätzlich ..., was uns und den bewaffneten angriff im zentrum (in den industriestaaten, anm.) betrifft, heute nicht mehr die frage, ... (ob das geht). wir wissen: es geht. die herrschenden haben es mit ihrem ... beispiellosen repressionsapparat nicht geschafft, den revolutionären faktor hier zu liquidieren - und sie werden es auch nicht mehr schaffen. das ist nach den 20 jahren klar.

die neu entstehende revolutionäre bewegung kann aus dem selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle mittel hat (und braucht) für ihre ziele. daß das möglich ist, dafür hat unser kampf in den ganzen jahren mit die grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer 'nur' die entscheidung, wie und wann ... für den umwälzungsprozeß die mittel eingesetzt werden.

... das geht nur zusammen! dafür brauchen wir die zusammenlegung und die große politische auseinandersetzung - und ich glaube, der widerstand (also wir, anm.) braucht beides genauso!

das ist, mit grobem pinsel gemalt, ... was wir mit 'freier kommunikation' meinen und wollen. wir wollen, die leute draußen im widerstand wollen - also setzen wir das jetzt durch.' (zitate aus einem brief von eva haule).

Die Geschichte des Hungerstreiks

2. Teil

(tb/alf)

Nachdem der 2. Hungerstreik gleichzeitig und mit einer gemeinsamen Erklärung von 80 fast vollständig voneinander und von der Außenwelt isolierten Gefangenen begonnen worden war, war die Funktion der VerteidigerInnen als InformationsträgerInnen offensichtlicher geworden. Bundesweite Zellenrazzien und die Beschlagnahme sämtlicher Verteidigungsunterlagen waren die Folge. Im dazu ergangenen Durchsuchungsbeschluß wurden die VerteidigerInnen ganz allgemein, der Rechtsanwalt Christian Ströbele aber namentlich als UnterstützerInnen der Gefangenen aus der RAF bei deren Kampf gegen die in der BRD herrschende Grundordnung bezeichnet. Als Beweis mußte ein Brief des Anwalts Ströbele herhalten, in dem von einem Infosystem mit Zentrale in einer Hamburger Anwaltskanzlei die Rede war. Als "wesentlicher Punkt" solle dabei berücksichtigt werden, "daß es Leute gibt, die auf kaum was schärfer sind, als irgendwo sauber gesammelt und entwickelt die Theorie und Anleitung zur Praxis eines konsequenten Kampfes gegen den bestehenden Macht- und Gewaltapparat zu finden,"⁽¹⁾ zitiert der Bundesgerichtshof aus der Verteidigerpost.

Tatsächlich war die Einrichtung eines Infosystems seit dem ersten Hungerstreik unter Gefangene und Anwälten im Gespräch gewesen, um wenigstens die zur Vorbereitung der gemeinsamen Verteidigung notwendige minimalste Kommunikation aufrechtzuerhalten. In dieses Info könnten, regten einige Gefangene an, auch Erfahrungen mit Theorie und Praxis der Stadtguerilla einfließen. Andere formulierten dagegen Bedenken. Holger Meins etwa, den Ströbele wie folgt zitiert hat: "Meins hat dazu einen wesentlichen Punkt angeführt, nämlich daß es Leute gibt, ...siehe oben...."

Aus einem lediglich der Verteidigung dienenden Info wurde so durch Verdrehungen das Konstrukt der "Zellensteuerung", also die bis heute von Bundesanwaltschaft verbreitete Behauptung,

daß die inhaftierten Gefangenen aus der RAF über AnwaltInnen und andere aus den Gefängnissen heraus weiterhin die Politik der RAF bestimmen. Diese Konstruktion ermöglicht bis heute die Verfolgung bereits inhaftierter Personen sowie deren Umfeld (zB BesucherInnen, Verwandte, Mitgefangene,...) als Mitglieder oder UnterstützerInnen einer angeblich im Häfen (weiter-)bestehenden "terroristischen Vereinigung". In dieses Info könnten, regten einige Gefangene an, auch Erfahrungen mit Theorie und Praxis der Stadtguerilla einfließen. Damit waren aber auch die VerteidigerInnen von der Bundesanwaltschaft zu Mitgliedern oder UnterstützerInnen der RAF gemacht, die Verteidigungsrechte erheblich beschnitten und der Boden für spätere "Sondergesetze" bereitet worden.

Aus Schwächen Stärken machen...

Als die Gefangenen aus der RAF am 10. September 1984 zum dritten Mal in den kollektiven Hungerstreik traten, hatten sie aus der extremen Verschärfung, die dem zweiten Hungerstreik gefolgt war, auch inhaltlich ihre Konsequenz gezogen. War im Mai 73 noch die "Konfrontation der Schweine mit ihren eigenen Gesetzen - reiben wir ihnen den Widerspruch unter die Nase, zwischen dem was sie sagen: Menschenschutz, und dem was sie machen: Vernichtung" - im Vordergrund gestanden, so war inzwischen klar geworden, daß der Staat seine Rechtsgrundlage jederzeit dem Ziel, die Brechung der Gefangenen, unterzuordnen oder anzupassen, bereit ist.

"Wir können nur unterdrückt werden, wenn wir aufhören zu denken und aufhören zu kämpfen. Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden, können nicht unterdrückt werden - sie gewinnen entweder, oder sterben, anstatt zu verlieren und zu sterben."

Die Erklärung zum dritten Hungerstreik ist Ausdruck des Wunsches, auch als Gefangene einen revolutionären

Kampf zu führen. "Die Abschaffung der Isolation ist die Bedingung, die wir uns erkämpfen müssen, wenn Selbstorganisation der Gefangenen, wenn revolutionäre Politik, wenn Befreiungskampf im Gefängnis überhaupt eine realistische Möglichkeit von proletarischer Gegengewalt werden soll."⁽²⁾ Die Mittel der revolutionären Gefangenen sind aber andere als die der bewaffneten KämpferInnen:

"Entwaffnet, gefangen, isoliert ist er (der Hungerstreik; Anm.tb). Unsere einzige Möglichkeit unsere physischen und geistigen Kräfte, unsere Identität als Menschen einzusetzen, um den Stein, den der Staat der herrschenden Klasse gegen uns aufgehoben hat, ihm auf seine eigenen Füße fallen zu lassen. Kampf ist, aus Schwäche Stärke machen."

Winterreise

Am 26. 11. 1974, also etwa zwei Wochen nach dem Tod von Holger Meins (siehe Kasten) wurden in einer bundesweiten Fahndungsaktion namens "Winterreise" hunderte Straßensperren und Kontrollstellen errichtet, sowie eine Unzahl von "linken" Buchläden, Büros, Druckereien, Wohngemeinschaften und vor allem Anwaltskanzleien durchsucht. Die Zahl der vorläufigen Festnahmen wurde nie bekannt gegeben. Von den 23 gesuchten "Mitgliedern einer kriminellen Vereinigung" konnte aber keines gefaßt werden. Dennoch war die Aktion nach Innenminister Maihöfer ein Erfolg "für das Image und das Selbstbewußtsein der Polizei." Die "Winterreise", polizeitaktisch ein Schlag ins Wasser, war aber nur medienwirksamer Auftakt einer Kampagne zur Verschärfung der VerteidigerInnenrechte. Eine, wenige Tage nach der "Winterreise" veröffentlichte, "Dokumentation über Aktivitäten anarchistischer Gewalttäter in der Bundesrepublik Deutschland" behandelte vor allem die angeblich kriminellen Aktivitäten der VerteidigerInnen der Gefangenen aus der RAF. Die folgende Medienkampagne hatte Erfolg: Am 20.

12. 1974 beschließt der bundesdeutsche Bundestag einstimmig eine Änderung der Strafprozeßordnung: Ab 1. 1. 1975 soll jede/r Anwa(e)ltIn lediglich einen Gefangenen vertreten dürfen; das neue Gesetz erleichtert aber auch den Ausschluß von VerteidigerInnen und ermöglicht die Prozeßführung ohne Angeklagten bei "verschuldeter Verhandlungsunfähigkeit" (Verhandlungsunfähigkeit infolge Isolationshaft gilt als "verschuldet"). 18 Monate später erklärt ein SPD-Abgeordneter der staunenden Öffentlichkeit, "daß zB ohne die bereits beschlossene Änderungen der StPO der Prozeß in Stammheim gegen die Baader-Meinhof-Terroristen in noch größere Schwierigkeiten geraten wäre, ja sogar unter Umständen hätte abgebrochen werden müssen."⁽³⁾

Das Gesetz vom 20.12.1974 geht daher als "lex raf" in die Geschichte ein.

Erstmals angewandt werden die neuen Bestimmungen drei Wochen vor Beginn des Hauptverfahrens gegen Enslin, Baader, Meinhof und Raspe in Stammheim: Am 21.5.75 werden die drei Hauptverteidiger Croissant, Ströbele und Groenewald aus dem Verfahren ausgeschlossen, vier Wochen später Ströbele und Croissant wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung verhaftet.

Bereits kurz nach Beginn des Hungerstreiks waren mehrere Gefangene, vor allem aber Holger Meins und Andreas Baader, äußerst qualvoller Zwangsernährung unterzogen. Obwohl das Gericht Zwangsernährung durch Einführen einer Sonde durch die Nase abgeordnet hatte, "bevorzugten" die "behandelnden Ärzte" die schmerzhaft und gefährliche Ernährung durch einen 12 Millimeter dicken Schlauch, der vom Mund aus in den Magen gestoßen werden muß.

Meins erhielt über fast 2 Monate 400 mal täglich verabreicht, obwohl ein erwachsener Mensch mindestens 1000 Kalorien pro Tag zum Überleben benötigt.

Zwangsläufig befand er sich daher seit Anfang November 1974 in akuter Lebensgefahr, was auch allgemein bekannt war. Holgers Anwalt hatte diesbezüglich Anträge gestellt (Überführung in sein Krankenhaus, freie Arztwahl,...). Noch kurz vor Holgers Tod hatten Anstaltsleitung und -arzt diese Maßnahmen abgelehnt, der Arzt fuhr in den Urlaub. Holger Meins starb trotz schmerzhafter Zwangsernährung den Hungertod. Angesichts der Möglichkeiten der Medizin kann Holger Meins Tod nur als Folge beabsichtigter Folter und Tötung bezeichnet werden.

Zellenfälschung

Der Hungerstreik wird aber auch nach dem Tod Holger Meins weitergeführt. Alle hungerstreikenden Gefangenen (bzw deren VerteidigerInnen) stellen einen Antrag auf Aufhebung der Isolation untereinander und gegenüber allen anderen Gefangenen. Außerdem soll politischen Gefangenen die selben Haftbedingungen wie anderen Gefan-

genen einschließlich des ungehinder- ten Zugangs zu allen Gemeinschafts- veranstaltungen eingeräumt werden. Die Anträge werden abgelehnt. Die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in den Haftanstalten würde durch Aufhebung der Isolation gefährdet. Als Beweismittel dient dem ein angeblich im Stammheimer Gefängnis kursierendes "Zellenpapier Nr 1", in dem Gericht zu Gefängnisrevol- ten aufgerufen wird und dessen Ver- fasserInnen Angehörige der RAF sein sollen.

Tatsächlich wurde ein "Zellenpapier" Anfang 1975 in den Stammheimer Zellen herumgereicht. Auf 6 maschi- nengeschriebenen Seiten hatte eine Gruppe Inhaftierter ihre Perspektiven im Häfen, Kampfformen von Hunger- streik bis kollektiver Arbeitsverweige- rung, zur Diskussion gestellt. Der Gruppe der VerfasserInnen, die sich den Namen "Basisgruppe Redaktion Information" gab, gehörte kein/e einzige Gefangene/r aus der RAF an. Konnte auch gar nicht; diese waren schließlich seit über zweieinhalb Jahren isoliert gewesen.

Von den 6 Maschinenseiten wurden 5 verschwiegen, der Rest fälschlich mit RAF signiert und den isolierten Ge- fangenen unterstellt, um so ein Argu- ment zur Fortsetzung der Isolations- folter in die Welt zu setzen.

Auch die Aufgabe der Anonymität durch die "Basisgruppe Redaktion In- formation" und mehrerer diesbezüglicher Beweisanträge seitens der Ver- teidigung konnten nicht die Aufhe- bung der Isolation herbeiführen.

Am 2. 2. 1975 wurde der Hungerstreik abgebrochen. Dem zuvorgegangen war eine entsprechende Aufforderung seitens der RAF:

"Wir bitten euch, den Streik jetzt abzu- brechen, obwohl aus seinen objektiven - der Stärke der reaktionären Mobilisie- rung hier, dem Klassenkampf von oben, - und seinen subjektiven Bedingungen - unterentwickelte Klassenkämpfe, die Korruption der Klassenorganisation des Proletariats, einer schwachen revolutio- nären Linken - seine Forderung, die Aufhebung der Isolation, nicht durchge- setzt werden konnte.

Was der Streik als die letzte Waffe unserer Gefangenen für die Vermittlung, Mobilisierung, Organisation antiimper- ialistischer Politik hier erreichen konnte, hat er erreicht. In seiner Eskala- tion kann sich keine neue Qualität des Kampfes vermitteln.

Zuzulassen, daß ihr ihn fortsetzt - gegen das Kalkül der staatlichen Propaganda: Durch die exemplarische Hinrichtung gefangener Guerillas - weil sie kämpfen, immer kämpfen, trotzdem kämpfen - Widerstand als hoffnungslos erscheinen zu lassen - hieß euch zu opfern.

RAF; 2. Februar 1975"

Nach Abbruch des Hungerstreiks wurden die Haftbedingungen mancher Gefangener kurzzeitig ge- lockert.

wird fortgesetzt

**das nächste Mal:
erstmalig Forderung nach
Zusammenlegung,
Stammheim-Morde,...**

Fußnoten:

(1) zitiert aus dem Durchsuchungsbe- schluß des Bundesgerichtshof, der wiederum aus dem Ströbele-Brief zitiert.

(2) Zitate aus der Hungerstreikerklä- rung; weitgehende Selbstorganisation politischer Gefangener ist im Übrigen nicht so abwegig, wie es im ersten Au- genblick klingt. U.a. in Peru mußte diese Selbstorganisation der Gefan- genen vieler Bereiche des täglichen Lebens 1986 erst durch Militär zer- schlagen werden.

(3) Deutscher Bundestag; 24.7.1976; Protokoll Seite 17990; Abg Gnädiger- ger (SPD)

"Ich war mehr als zehn Jahre in Österreich in Isolationshaft"

(Abschrift eines Tonbandes, welches Waltraud Liewald (ehemals Boock) anlässlich einer Informations- und Diskussions-Veranstaltung zum Hungerstreik in Wien besprochen hat. An der Veranstaltung konnte Waltraud nicht persönlich teilnehmen, weil ihr die Einreise nach Österreich heute verboten ist.

Ich bin eine ehemalige Gefangene aus der RAF und war mehr als zehn Jahre in Österreich isoliert. (...) Weil der österreichische Staat verhindern will, daß sich an den Bedingungen für politische Gefangene eine offene Auseinandersetzung entwickelt, ist es vielen von euch vielleicht überhaupt nicht bewußt, daß ich bis Mitte 1987 in Österreich gefangen war.

Wir haben es in dieser Zeit nicht geschafft, das zu durchbrechen. Den politischen Druck, der dafür notwendig gewesen wäre, selbstbestimmte Kontakte durchzusetzen und die politische Diskussion zu führen, konnten wir nicht entwickeln. Jetzt habe ich unbegrenztes Aufenthaltsverbot für Österreich. Für mich ist das die Fortsetzung der Abschottung von euch mit anderen Mitteln - so wie sie in ganz Westeuropa verhindern wollen, daß der revolutionäre Widerstand zusammenkommt, daß wir die Auseinandersetzung führen um Einheit im Kampf zu entwickeln. Aber wir brauchen diese Einheit, denn an jedem Punkt, an dem sie uns spalten und isolieren können, während die westeuropäischen Staaten näher zusammenschließen und ihre Methoden und Maßnahmen vereinheitlichen, schaffen sie sich den Raum und die Möglichkeit ihre Projekte - mit denen sie versuchen, ihre Macht und Potenz aufrecht zu erhalten und in neuer Qualität zu rekonstruieren - gegen die Bedürfnisse und den Lebensraum der Menschen durchzusetzen.

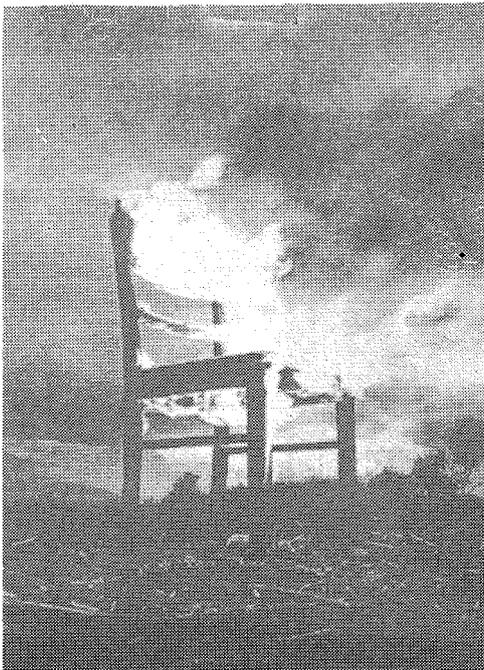
Aufenthalts- und Einreiseverbote werden deshalb in ganz Westeuropa gezielt gegen den revolutionären Widerstand eingesetzt. Das ist eine ihrer Methoden gegen die, die im Moment nicht in ihren Folterknästen eingesperrt sind.

Ich will jetzt versuchen, euch durch meine konkreten Erfahrungen zu vermitteln, daß Österreich vollständig in die Konzepte, mit denen der revolutionäre Widerstand in Westeuropa und darüberhinaus vernichtet werden soll, integriert ist, und die BRD federführend exportiert.

Bereits zwei Tage nachdem ich in Wien festgenommen worden war, reisten aus der BRD Anti-Terrorismus-Experten ein und beteiligten sich an Verhörversuchen durch die Wiener Staatspolizei. Das war bereits Ende 1976. Gleichzeitig war in der faschistoiden Presse wie "Kurier" und "Kronen Zeitung" eine massive Hetzkampagne hochgezogen worden, in der suggeriert worden war, daß meine Anwesenheit in Österreich es notwendig macht, daß sich Österreich den Anti-Terrorismus-Konzepten der BRD anschließt.

Während der Jahre meiner Gefangenschaft sind an mir die verschiedensten Abstufungen und Modifikationen der Isolationsfolter ausprobiert worden. Das alles lief immer unter der Behauptung "Normalvollzug" und ent-

sprach der sozialdemokratischen Linie, den permanenten Ausnahmezustand als Normalzustand zu behaupten. Es sollten sich daran keine politischen Reibungen und Widersprüche entwickeln; das ist kein Grund weshalb Isolationsfolter angewendet wird. Sie hinterläßt keine sichtbaren Spuren bei den Gefolterten und ist deshalb in der Metropole politisch leichter durchzusetzen.



Ich möchte nicht beschreiben, wie die weiße Folter subjektiv auf mich gewirkt hat - das ist kaum vermittelbar. Aber ich will etwas zu den äußeren Bedingungen sagen, denn dazu kann jede und jeder selbst ein eigenes Verhältnis entwickeln.

Es sind Bedingungen, die auf Lähmung, Zerstörung, Spaltung ausgerichtet sind. Das heißt auf politische Vernichtung.

In den ersten sechs Monaten gab es nichts als nackte Isolation, die mit vollständiger Abschottung von der Außenwelt gekoppelt war. Das heißt, jeder menschliche Kontakt, und sei er auch noch so gering, wurde verhindert. Die Zelle neben der Zelle, in der ich war, und über und unter mir waren nicht belegt. Das Essen wurde nur durch eine Klappe wortlos reingeschoben. Alle anderen Gefangenen hatten Sprechverbot mit mir, unter Androhung von Repressalien. Die Zellentür wurde nur in Anwesenheit von drei Justizwachen geöffnet. Ständige Körperkontrollen bis zu sechs mal täglich, bei denen ich mich bis auf die Haut ausziehen mußte. Spionkontrollen zirka alle 15 Minuten, auch nachts. Dabei wurde nachts das Licht eingeschaltet. Es gab auch kaum Papier zum Schreiben. Post wurde mir kaum ausgehändigt. Meine Briefe sind in der Regel anscheinend in Mülleimern

verschwunden. Verteidigerbesuche wurden abgebrochen, wenn der Verteidiger versuchte, mir ein Zeitungsartikel - in dem über mich berichtet wurde - zu zeigen.

Während dieser Zeit ist ein Schnellgerichtsverfahren gegen mich durchgezogen worden. Es hat bis zur Urteilsverkündung genau 8 Stunden gedauert.

Nach ca. 6 Monaten wurde beim Hofgang Kontakt zu ausgesuchten Gefangenen zugelassen. Das entsprach damals dem Berliner Modell für die Behandlung politischer Gefangener. Außerdem haben sie wiederholt versucht, mir Gefangene in die Zelle zu setzen, die mich bespitzeln sollten. Eine Methode, die auch aus der BRD bekannt ist, und schon während des Nazi-Faschismus eingesetzt wurde. Kontakte zu Freunden und Genossen, aber auch jeder Kontakt mit den politischen Gefangenen in der BRD sind während der ganzen Jahre rigoros verhindert worden. Kontinuierlichen Kontakt hatte ich nur zu meiner Schwester. Sie war über Jahre - neben Zeitungen, die ich dann später bekommen habe - meine einzige Verbindung zur Aussenwelt. Das Ziel war, jede politische Auseinandersetzung zu verhindern. Durchbrochen wurde das nur durch den sporadischen Kontakt zu insgesamt vier Genossinnen aus der BRD während dieser zehn Jahre.

Charakteristisch für diese Praxis und auch die enge Zusammenarbeit mit dem Staatsschutz in der BRD war die Abschiebung von zwei Leuten aus der BRD, die im Jahre 1977 versucht hatten, mich zu besuchen. Sie sind bei diesem Versuch von der Staatspolizei festgenommen und aus Österreich abgeschoben worden. In der Presse war damals berichtet worden, daß der westdeutsche Verfassungsschutz die Abschiebung veranlaßt haben soll.

Meine Anträge für Besuchs- und Schreibkontakte mit Genossinnen und Genossen aus der BRD wurden von der Anstaltsleitung an die Staatspolizei weitergeleitet, die sie an das BKA weitergegeben hat. Es dauerte oft mehrere Monate bis darüber entschieden wurde, bzw die Ablehnung kam. Für Menschen in Österreich, die sich mit mir auseinandersetzen wollten, war das nicht möglich - die Kontaktsperre war auch hier nahezu perfekt.

Im Jahr 1977 - nach der Offensive der Guerilla in der BRD - ist in Wien von Boeden, dem damaligen Leiter der Abteilung Terrorismus beim Bundeskriminalamt in der BRD eine Sondertruppe zur Terrorismusbekämpfung eingerichtet worden. Sie wurde aus der österreichischen Staatspolizei - die ja unter anderem auch geheimdienstliche Funktion hat und sehr eng mit dem CIA, dem deutschen Verfassungsschutz und anderen imperialistischen Geheimdiensten zusammen-

arbeitet - und der Kriminalpolizei rekrutiert.

Seit 1977 hat diese Truppe auch meine Besuche überwacht, und die Besuchsgespräche protokolliert. Dür wurden jeweils zwei Mann abgestellt. Die Gesprächsprotokolle wurden direkt an das BKA weitergeleitet. Teilweise sind auch Besuche nach Provokationen dieser Figuren abgebrochen worden. Dazu kam, daß nach 1977 in Wien auch die Trennscheibe bei meinen Besuchen eingeführt wurde.

Der bauliche Ausdruck für die Integration Österreichs in das Projekt der Widerstandsbekämpfung, das von der BRD übernommen wurde, war die Errichtung eines Deprivationsbunkers im Wiener Landesgericht - Klein-Stammheim in Reinkultur. Der Bunker war schallisoliert, hatte eine Sichtblende vor dem Fenster, einen Türspion, sowie zwei weitere Weitwinkelspione, von denen einer die Sicht auf das Klo freigab. Jede Intimsphäre war damit ausgeschlossen.

Zweieinhalb Monate habe ich in diesem Bunker verbringen müssen, und ich wäre sicherlich noch länger darin gewesen. Aber ich konnte es während eines kollektiven Hungerstreiks mit den Gefangenen in der BRD durchsetzen, wieder in eine andere Zelle verlegt zu werden. In dieser Situation war es dem österreichischen Staat nicht mehr möglich, die Behauptung, meine Bedingungen wären völlig normal, und die architektonische Manifestierung des Gegenteils politisch aufrecht zu erhalten.

Anfang 1981 bin ich dann in die Schwarzenau verlegt worden. Dort war ich mehr als sechs Jahre. Seit diesem Zeitpunkt haben sie das Projekt des sogenannten "Normalvollzuges" an mir ausprobiert. Es gibt allerdings keinen Normalvollzug für politische Gefangene. In Österreich ebensowenig wie in der BRD.

Ein entscheidender Faktor, bei diesem Projekt war die Beibehaltung der völligen Abschottung von allen anderen politischen Gefangenen, Freunden und Genossen. Außerdem wurde die Zensur von Informationsmaterialien verschärft. Ich sollte nichts mehr von und über meine gefangenen Genossinnen und Genossen erfahren. Selbst Berichte über die Haftbedingungen kamen überhaupt nicht mehr durch. Gleichzeitig wurde im Rahmen des sogenannten Behandlungsvollzugs massiver Druck auf mich ausgeübt. Zum Beispiel um meine Arbeitsverweigerung zu brechen. Ich hatte mich schon in Wien jahrelang geweigert, Zwangsarbeit zu verrichten, denn sie ist Teil des Gehirnwäscheprogramms, das gegen die Gefangenen eingesetzt wird, um sie zu willenlosen Objekten zu machen, die nur noch funktionieren. Für den Staat und für das Kapital, das heißt, daß jedes Moment von Selbstbestimmung der Gefangenen ausgeschaltet werden soll. Hier konnte ich durchsetzen, selbstbestimmt mit sozialen Gefangenen zusammengelegt zu werden. Es waren aber nur wenige Gefangene, mit denen ein gemeinsamer Prozeß, den wir brauchen, um uns selbst und die politische Perspektive weiterzuentwickeln - und für den wir jetzt im Kampf mit den Gefangenen die Voraussetzung schaffen wollen -

nicht ersetzen. Dazu kam, daß die Gefangenen, die mit mir Kontakt hatten, ständigen Repressalien ausgesetzt waren. Die Bandbreite der Maßnahmen gegen uns reichte von befristeten Isolationsmaßnahmen, während des Hofgangs, über Bunkerattacken gegen die Frauen bis zu Verbot von Veranstaltungen und sonstigen Entzügen. Und sie waren von permanentem Psychoterror begleitet, der durch gezielte Provokationen inszeniert wurde.

Ich habe während meiner Gefangenschaft in verschiedenen Hungerstreiks mit den Gefangenen in der BRD und in der Schweiz für unsere Zusammenlegung und freie politische Information und Auseinandersetzung mit den Menschen, die das auch wollen, gekämpft. Diese Forderungen waren nicht durchsetzbar.

Als ich 1987 in die BRD abgeschoben wurde, erschienen in der österreichischen Presse Artikel, in denen behauptet wurde, ich hätte mich von meiner Geschichte und meinen Genossen und Genossinnen distanziert. Diese Behauptung war falsch.

Die Grenzen, die ich in unserem Kampf nicht durchbrechen konnte, haben sie genutzt, um revolutionäre Politik als sinnlos erscheinen zu lassen. Das versuchen sie auch jetzt, wenn sie Kleingruppenisolation oder "Normalvollzug" für die Gefangenen propagieren. Sie wollen mit angeblichen Angeboten für scheinbar humanere Haftbedingungen die Breite der Mobiliisierung für die Forderungen der Gefangenen wegbrechen. Die Gefangenen spalten und politisch für ihre Befriedigungsinteressen umdrehen. Konkret heißt

das, die Gefangenen sollen dahin gebracht werden, zu erklären, daß ihr Kampf gescheitert ist und revolutionäre Politik in der Metro-pole keine Perspektive hat.

Damit sollen die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, um jenen Widerstand entweder im Keim zu ersticken oder zu integrieren.

Zum Abschluß möchte ich jetzt noch sagen: Die perfiden Methoden um kämpfende Gefangene zu zerstören, sind in der BRD entwickelt worden. Sie wurden und werden in andere Länder exportiert und dort gegen gefangene Genossinnen und Genossen und kämpfende soziale Gefangene eingesetzt.

Wenn wir es jetzt schaffen, diese Methoden in der BRD zu brechen und die Zusammenlegung der Gefangenen in ein oder zwei große Gruppen und die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen durchzusetzen, wird das eine politische Wirkung haben, die weit über die Grenzen der BRD hinausgeht, weil sich dadurch die Ausgangsbedingungen für den Kampf der Gefangenen in allen westeuropäischen Ländern verändern werden.

Umgekehrt brauchen wir jetzt eure Solidarität und eure Kraft, um den Druck auf die deutsche Regierung so zu verstärken, daß sie gezwungen ist, den Gefangenen realistische Verhandlungsangebote zu machen. Das heißt Verhandlungsangebote, die die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen zum Ziel haben.

Waltraud Liewald

bezahlte
Anzeige:

Kräftig.

Für den friedlichen Aufbau Nicaraguas.



Foto: Pausenwein

5101 Berghelm
Post- und Bahnversand
Lengfelden 169
Tel. 0662/52178

1050 Wien
Obere Amtshausgasse 38
Tel. 0222/543432

6930 Rankweil
Hadeldorfstraße 12
Tel. 05522/41933



**ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
mit der dritten welt**

In den 3. Welt-Läden

Bergarbeiterstreik in Belgien

(ulenspiegel)

Vor einigen Tagen sahen wir im Fernsehen Bilder aus dem belgischen Kohlrevier Limburg, Bergarbeiter sind gegen die bevorstehende Schließung ihrer Zechen in den Streik getreten, haben das Gebäude der Bergbaugesellschaft besetzt und Barrikaden errichtet. Schon zweimal, 1966 und 1972, kam es in Limburg zu schweren Unruhen, bei denen streikende Arbeiter getötet oder schwer verletzt wurden. Die belgische Regierung setzte damals sogar Fallschirmspringer ein, um die Streikbewegung niederzuschlagen. Im TV-Bericht hieß es, ein Polizist habe in Notwehr die Schußwaffe gezogen und in die Luft gefeuert. Die dazugehörigen Bilder dementierten den gesprochenen Kommentar: mensch sah in aller Deutlichkeit einen völlig unbehelligten Polizisten (so ganz unbehelligt war er auch wieder nicht, d. Tipper), der geradeaus zielte und im letzten Moment von uniformierten Kollegen zurückgerissen wurde. Wenn man weiß, in welchem Ausmaß gerade die belgische Polizei von rechtsextremen Organisationen infiltriert ist, kann mensch sich in den nächsten Tagen in Limburg auf einiges gefaßt machen.

Die Limburger Bergarbeiter werden nicht so leicht aufgeben, dafür kennen wir sie zu gut. Wir warten auf direkte Informationen von unseren FreundInnen, aber so viel ist jetzt schon sicher: Sie werden unsere Solidarität brauchen.

Basel:

Die Stadtgärtnerei-Bewegung bewegt sich immer noch

(megaphon)

Die alte Stadtgärtnerei-Bewegung ist erneut im Exil, nachdem das Union Anfang April geräumt wurde (vgl. TATblatt-minus-93). Exil, das sind die Straßen und Gassen, Container auf dem Kasernenarsenal, Konzerte und Volkstänze auf dem Barfüßer- oder Theaterplatz, Anwesenheit sichtbar als Forderung, Kultur und Widerstand den Möglichkeiten entsprechend, eben ohne Haus oder Land.

Eine Kundgebung am 15. April, die von der Polizei eigentlich hätte verhindert werden sollen, fand trotzdem statt. Die Grenadiere, die mit fünf Wannen auffuhren und ziemlich entschlossen sich überall in den Weg stellten, wurden kaum beachtet und standen dann auch recht dumm und überflüßig da. Versuchten sie anfangs die Leute noch daran zu hindern, den Barfüßerplatz zu betreten, zogen sie, als sich schlußendlich irgendwie trotzdem alle Leute mit Transparenten und Musik auf dem Platz befanden, Wanne um Wanne wieder ab. Geht es einmal phantasievoll zu, wirken sie doch ziemlich schnell unbeholfen, etwas fremd unter all den Menschen. Brauchbar für bewegte Anliegen sind sie trotz allem, erwecken doch ein paar Grenadiere bei den PassantInnen mehr Aufmerksamkeit als jedes Transparent.

Lesen macht Lärm

MOZ
ALTERNATIVE ZEITSCHRIFT FÜR
POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

Titel:
BRD gegen RAF:

Nach 18 Jahren Isolationshaft
Hungerstreik

Auszug aus der
Mai-Nummer:

Schwerpunkt:
Gesellschaft ohne Alter?

"Ich fühle mich nicht bedroht"
Interview mit dem österreichischen
Armeekommandanten Philipp

"Ich sehe keine Koalitionsmöglichkeit"
Interview mit dem grünen
Fraktionsführer Andreas Wabl

Einsamer Reformismus
Parteitag der KPI

Ein Ort für Zufälle
5. Philosophinnenkongreß in Berlin

Weckertheater. Fortsetzung
Der Prozeß gegen die Journalistin
Ingeborg Strobl geht weiter

MOZ

MONatsZeitung

SCHNUPPER - ABO

COUPON: Nach Erhalt dieses Coupons und 6S 70,- (DM 10,-, sFr. 10,-) schicken wir Ihnen die jüngste Ausgabe der MOZ und die folgenden 2 Nummern. Wollen Sie die MOZ danach regelmäßig für zumindest 1 Jahr weiterbeziehen, brauchen Sie nichts weiter dazu tun. Die MOZ wird sich sodann monatlich (Juli-August Doppelnummer) in Ihrem Briefkasten einfinden. Sie erhalten dann eine Rechnung über 6S 320,- (DM 50,-, sFr., 50,- Auslands-Abos 6S 350,- incl. Versand und MWST.), Studentinnen und Studenten -30%. Falls Sie aus finanziellen (oder anderen) Gründen nicht bereit sind die MOZ zu abonnieren, genügt eine Karte an uns nach Erhalt des 2. Heftes mit einem diesbezüglichen Hinweis. Sie erhalten danach nur noch eine Ausgabe.

NAME, VORNAME

STR.

PLZ, ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

„Selbstverständlich kann ich meine Bestellung innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen und bestätige dies durch meine Unterschrift.“

UNTERSCHRIFT! (WICHTIG)

BITTE IN BLOCKBUCHSTABEN SCHREIBEN!
Coupon und Geldschein(e) bitte an:

GRÜN-ALTERNATIV VERLAG
MOZ
NEULERCHENFELDERSTR. 12
A-1160 WIEN/ ÖSTERREICH

Portugal: "OBRIGADO OTELO"

Am 25. April feiert Portugal den 15. Jahrestag der "Nelkenrevolution". Deren Hauptorganisator, Otel de Carvalho, sitzt noch im Gefängnis.

(N. Busch, WOZ)

Am 25. April 1974 stürzte die demokratische "Bewegung der Streitkräfte" - MFA - in Portugal die älteste faschistische Diktatur Europas.

Ohne Blutvergießen, mit roten Nelken in den Gewehrläufen, zogen die Soldaten des MFA durch das jubelnde Lissabon. Hauptplaner der "Nelkenrevolution" war ein junger, unbekannter Offizier: Otel de Carvalho. Über Nacht wurde er zum Volkshelden. Es folgte eine Zeit des Aufbruchs und der Hoffnung: Arbeiterräte übernahmen die Betriebe geflohener Fabrikherren, im Alentejo gründeten Tagelöhner, unter dem Schutz der Soldaten des MFA auf verwaistem Großgrundbesitz Kooperativen.

Portugals afrikanische Kolonien brachte die "Nelkenrevolution" die Befreiung. Bereits im September 1974 erreichte der Führer der mozambikanischen Befreiungsbewegung, Samora Machel, mit Unterstützung seines Freundes Otel die Unterzeichnung des Vertrages von Lusaka, welcher den Weg zur Unabhängigkeit von Angola und Mozambik bereitete.

Die Reaktion ließ nicht auf sich warten: Mit faschistischen Putschversuchen und mit Boykottmaßnahmen der westlichen Handelspartner gegen das verarmte Land wurde der "portugiesische Frühling" abgewürgt und die westliche "Normalität" hielt Einkehr im Lande: Parlamentarische Demokratie, Aufrechterhaltung der NATO-Mitgliedschaft und später Beitritt zur EG. Doch Anfang der Achzigerjahre schuf ein brutales "Sparprogramm" des Internationalen Währungsfonds in Portugal soziale Not, wie man sie sonst nur in Drittweltstaaten kennt. Arbeiter blieben monatelang ohne Lohn, in der Industrieregion Setubal litten Kinder an Unterernährung. In der Bevölkerung wuchs das Mißtrauen, ja der Haß gegen die Regierung und gegen die etablierten Parteien, jene der Linken mitinbegriffen. Und das Volk

begann sich wieder an einen Mann zu erinnern, der in der Phase der "Normalisierung" des Landes aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit beinahe verschwunden war und für die karrierebesessene Politikerkaste, die in seinen Augen die "Nelkenrevolution" verkauft hatte, nur Verachtung übrig hatte: Otel de Carvalho. Otel, der in der Volksseele die Rolle der Vaterfigur, des einigenden "Retters in der Not" besetzte. Dieser Mann drohte den Herrschenden plötzlich wieder gefährlich zu werden. Man befürchtete Unruhen, die zu einer Neuauflage der "Nelkenrevolution" führen könnten.

In dieser Situation diente eine Serie von Aktionen einer kleinen Geheimorganisation mit dem Namen "FP-25" (Volkskräfte des 25. April) der Regierung zum Vorwand, ein "Gesetz über Innere Sicherheit" zu schaffen, das in Wirklichkeit ein Notstandsgesetz für den Alltagsgebrauch war. Ironisch wurde es als das "Waisengesetz" bezeichnet, denn in ganz Portugal fand sich niemand, der als Autor dafür erhalten wollte und bis heute hält sich das Gerücht hartnäckig am Leben, wonach die wahren Väter dieses "Anti-Aufstandsgesetzes" in Washington zu suchen sind. Kurz vor der Abstimmung über das Gesetzesmachwerk im Parlament holte die portugiesische Kriminalpolizei im Juni 1984 zu einem spektakulären Schlag aus: Über siebzig Personen wurden unter der Anschuldigung verhaftet, eine "Terroristische Vereinigung" gebildet zu haben. Unter den Verhafteten befanden sich, kunterbunt gemischt, Mitglieder der "FP-25" und Anhänger von Otelos kleiner Linkspartei FUP. Am folgenden Tag wurde auch Otel selbst verhaftet, unter der Beschuldigung, Gründer und Chef der "FP-25" zu sein. Es folgte ein über einjähriges Untersuchungsverfahren, in dessen Verlauf der Untersuchungsrichter in krasser Verletzung des Untersuchungsgeheimnisses eine dankbare Presse mit immer neuen "Enthüllun-

gen" über Aktionen der "FP-25" versorgte, ohne allerdings je den klaren Beweis dafür zu erbringen, daß Otel oder seine Freunde von der FUP damit etwas zu tun hätten. "Den Täter haben wir, die Tat wird sich schon finden." So charakterisierte Armin Golzem, der den Prozeß als Vertreter des deutschen "Republikanischen AnwälInnenverein" beobachtet das Vorgehen der Justizbehörden. Und nach Abschluß des Untersuchungsverfahrens klagte der ehemalige Justizminister und Advokat Salgado Zenha: "Mein Mandant weiß nicht einmal, wessen man ihn beschuldigt. Nach über einem Jahr Untersuchung kennt man noch immer nicht die Beweismittel gegen die Angeklagten." Dieser Mangel war auch den Justizbehörden bewußt. Denn nachdem man die Straftaten der "FP-25" in der Untersuchungsphase zwecks negativer Stimmungsmache öffentlich breitgewalzt hatte, wurden sie plötzlich aus dem Prozeß ausgeklammert. Übrig blieb nur noch das abstrakte Vorsatzdelikt der Bildung einer "terroristischen Vereinigung". Im fast zwei Jahre dauernden Verfahren stützte sich die Anklage auf die mit Freilassung erkaufte "Geständnisse" sogenannter "reuer Kronzeugen". Doch auch so gelang es ihr nicht, ihre Konstruktion von einer Einheitsorganisation "FUP/FP-25" zu beweisen. Dennoch verurteilte im Mai 1987 das Gericht von Mosanto Otel wegen Leitung einer "terroristischen Vereinigung" zu 15 Jahren Gefängnis. Die Berufungsinstanz erhöhte diese Strafe noch auf 17 Jahre und in seinem Entscheid vom Juni 1988 hielt der Oberste Gerichtshof ausdrücklich fest, daß für das Vorliegen einer "Terroristischen Vereinigung" die Existenz konkreter Straftaten gar nicht erforderlich sei, weswegen es ohne Bedeutung sei, ob Otelos Organisation tatsächlich solche begangen habe oder nicht. Bestraft wurden Otel und seine Freunde laut Urteil für ihre offen erklärte Absicht, im Falle eines faschistischen Staatsstreichs den bewaffneten Widerstand

zu organisieren und dadurch langfristig die Voraussetzung für eine direkte Basisdemokratie zu schaffen.

Ein klarer Fall von Gesinnungsjustiz.

Während in Portugal das Urteil mit der landestypischen Lethargie aufgenommen wurde, wuchs im Ausland die Kritik an diesem Urteil. Im Rahmen einer vom C.E.D.R.I. (Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter) gebildeten internationalen Arbeitsgruppe von Juristen verurteilte der ehemalige US-Justizminister und Menschenrechtsanwalt Ramsey Clark den portugiesischen Terrorismusparagrafen aufschärfste. Der Spanier Juan Alberto Belloch, damals Vizepräsident der europäischen Richtervereinigung,

empörte sich über ein "Urteil, in dem nicht einmal die Beweisergebnisse gewürdigt wurden", womit jede Überprüfung durch eine Berufungsinstanz zur Justizfarce werde. Allmählich begann der Menschenrechtsskandal auch dem außenpolitischen Image Portugals zu schaden. Als Präsident Mario Soares im Dezember 1987 in Madrid einen Empfang zu Ehren des spanischen Königs gab, blieben hohe Würdenträger der regierenden sozialistischen Partei Spaniens aus Protest gegen Otelos Haft fern. Der wachsende internationale Protest hat inzwischen auch in Portugal die Dinge in Bewegung gebracht: Im Januar veröffentlichte das Wochenblatt "o jornal" ein Gespräch mit einem inzwischen im Ausland lebenden "reuigen Kronzeu-

gen", worin er unter anderem gesteht: "Es stimmt, daß die Lüge sich in Monsanto gut verkaufte." Die Bestätigung folgte sofort: Im Februar hat das Verfassungsgericht des Landes gravierende Verfassungswidrigkeiten im Verfahren gegen Otelo festgestellt, das Urteil aufgehoben und die Durchführung eines vollständigen, neuen Prozesses angeordnet. Zur Zeit streiten die Experten noch darüber, nach welchen Verfahrensregeln der neue Prozeß stattfinden soll. Materiell ist er ohnehin ein Ding der Unmöglichkeit geworden, denn die Akteure sind nicht mehr greifbar: Von den "reuigen Kronzeugen" wurde einer schon während des Prozesses erschossen, die übrigen haben sich mit staatlicher Hilfe ins Ausland abgesetzt, gesichtsverändernden Operationen unterzogen und ihre Identität gewechselt....

Für dieses von den Justizbehörden zu verantwortende Schlamassel büßt Otelo weiterhin mit Gefängnis, denn seine vor kurzem eingereichte Klage auf sofortige Haftentlassung wegen massiver Überschreitung der in Portugal auf drei Jahre beschränkten Untersuchungshaft wurde vom Obersten Gerichtshof mit der höhnischen Begründung abgewiesen, derselbe Oberste Gerichtshof habe über eine bereits vor einem Jahr von Otelo eingereichten Klage desselben Inhalts noch nicht entschieden. Auf diese Frechheit hat nun der bekannte Pariser Rechtsanwalt und Vizepräsident der französischen Liga für Menschenrechte Maître Henri Leclerc mit einer Klage bei der europäischen Kommission für Menschenrechte reagiert.

Eine Möglichkeit Solidarität zu zeigen: durch den Kauf des Solidaritätsalbums, welches zwei Schallplatten und ein zwanzigseitiges Booklet (Übersetzung der Liedtexte in 5 Sprachen) enthält:

"OBRIGADO OTELO"

Der Verkaufserlös ist ausschließlich für Solidaritätsaktionen und für die Verteidigung Otelo de Carvalhos bestimmt.

Per Postversand (250,- Versandkosten inbegriffen) zu bestellen bei:

EXTRAPLATTE

Fach 2

A-1094 WIEN oder

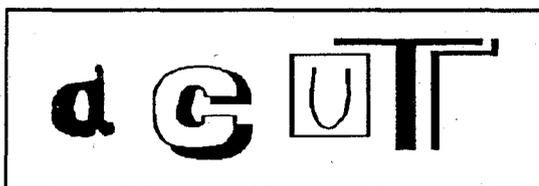
Verein ZUSAMMEN

Schneiderg. 15

A-1110 WIEN

Tel.: 745196 (von 14-18 Uhr)

JE



DESTO BESSER

denn: pflegepersonen und
gesundheitsarbeiter/Innen
schreiben

über: arbeiten im spital,
psychiatrie, erfahrungen,
alternativen im gesundheitswesen

ACUT erscheint 6x jährlich, umfaßt 20 seiten,
kostet 10.- öS (im abo 40.-).

bestellungen und anfragen an:
ACUT, odeong. 1/3, a-1020 wien,
tel.: 0222/216-52-72

Indonesien

Präsident Suharto für Todesschwadronen verantwortlich

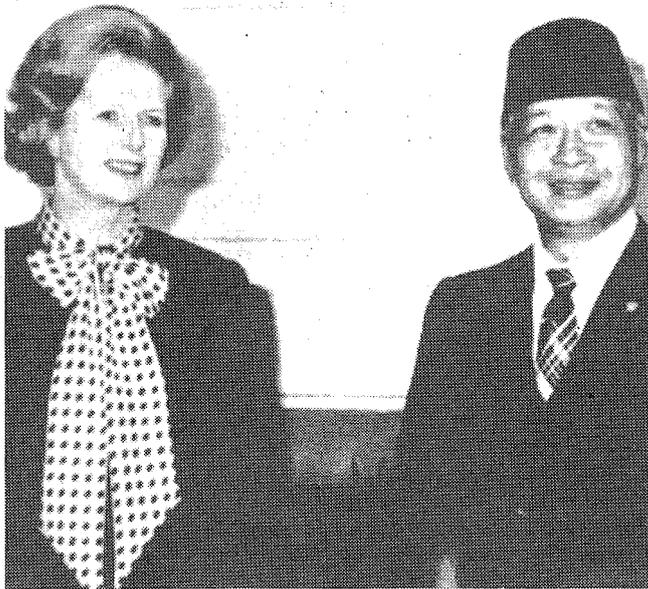
(Tapol: Indonesien-Komitee)
 In seiner Autobiographie "Suharto: Meine Gedanken, Worte und Taten" gibt der indonesische Präsident Suharto erstmals zu, für die Ermordung tausender Menschen zwischen 1983 und 1984 verantwortlich zu sein. Damals töteten Todesschwadronen, die sich aus Angehörigen militärischer Sondereinheiten zusammensetzten, geschätzte 5.000 bis 10.000 Menschen. Sie streiften durch die Städte, zerrten Leute aus ihren Häusern und erschossen sie zum Teil in aller Öffentlichkeit. Zu dieser Zeit nahm die Regierung (Militärdemokrat) keinerlei Verantwortung für diese Hinrichtungen auf sich.

Das Buch hätte ursprünglich im Feber dieses Jahres erscheinen sollen, und einige Passagen wurden bereits in Zeitungen veröffentlicht. Unter anderem auch folgende, die nun auf Drängen einflußreicher Generäle aus der Biographie gestrichen werden sollen.

"Die Zeitungen waren voll von Artikeln über die mysteriösen Tode von einigen Leuten und nannten es die Erschießung der Gangster oder die 'mysteriösen Erschießungen' (penembak misterius),

oder kurz 'Petrus', usw.

Es war überhaupt nichts Mysteriöses daran. Tatsächlich war es so, daß sich die Menschen zuvor sehr fürchteten. Sie



fühlten sich durch Kriminelle, Räuber und Mörder, etc. bedroht. Die Menschen fühlten sich nicht wohl. Es war, als gäbe es kein Wohlbefinden in diesem Land. Alles was es gab, war Angst. Diese Kriminellen überschritten alle Grenzen. Sie brachen nicht nur das Gesetz, sondern agierten außerhalb der Menschlichkeit. Beispielsweise wurde ein alter Mensch beraubt und zum Schluß ermordet. Ist das nicht außerhalb der Menschlichkeit? Wenn sie

stehlen wollen, okay, aber nicht das Opfer zum Schluß auch noch umbringen!...

Das war weit jenseits der Grenzen des Akzeptierbaren. Konnte man da einfach nichts tun? Natürlich mußten wir reagieren, harte Maßnahmen. Was waren diese harten Maßnahmen? Man mußte ihnen mit Mitteln der Gewalt entgegenreten. Aber das bedeutet nicht einfach, hinaus gehen und diese Leute erschießen. Bäng. Bäng. Einfach so. Nein! Aber die, die Widerstand leisteten, mußten erschossen werden, ob angenehm oder nicht. Weil sie Widerstand leisteten, wurden sie erschossen.

Dann wurden einige Leichen draußen liegen gelassen, einfach so. Dies war als 'shock therapy' gedacht. Die Öffentlichkeit sollte verstehen, daß es Leute gibt, die fähig sind, etwas gegen dieses unmenschliche Verhalten zu tun; fähig sind, dieses Problem zu bekämpfen."

Dazu Verteidigungsminister General Benny Murdani, damaliger Armee-kommandant: "Ich mußte lügen und lügen, und jetzt schreibt er das." (NRC Handelsblad, 9.3.1989)

Wieso länger Auto-Clubs unterstützen, über deren Politik Sie sich ärgern?

NEU einsteigen! JETZT umsteigen!

Denn es gibt eine Alternative: **Verkehrsclub Österreich**

Auch für Sie!

Der Verkehrsclub für alle Umweltbewußten. Mit den Dienstleistungen für alle Verkehrsteilnehmer.

...österreichweit tätig, international eingebunden, politisch unabhängig, konsequent ökologisch orientiert

Für eine Verkehrspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt!

VCÖ Tel. (0222) 85 83 86
 Dintelstedtgasse 15
 A-1150 Wien

Die Ziele des VCÖ...
 ...können nur verwirklicht werden, wenn Verkehrsteilnehmer nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden!

Ich möchte eine Gratis-Nr. der VCÖ-Zeitung und nähere Informationen zum VCÖ.

Name _____
 Adresse _____

Coupon einreichen

Nicaragua: Vermeintliche Erfolge der Wirtschaftsmaßnahmen

(ides)

Das Resultat der drastischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen: Die Inflation, die im Dezember 1988 noch eine monatliche Rate von 126,6% erreichte, konnte im Januar auf 91,8%, im Februar auf 45,8% und im März auf 20% gesenkt werden.

Planungsminister Alejandro Martinez Cuenza gab allerdings zu bedenken, daß die monatliche Inflationsrate immer noch sehr hoch ist und unter Umständen Ausgangspunkt für einen neuen hyperinflationären Schub sein könnte. Die dennoch geäußerte Zuversicht die Inflation unter Kontrolle halten zu können beruht zum Teil darauf, daß aufgrund der Verlangsamung der inflationären Entwicklung allmählich die Zinsen für Bankkredite gesenkt werden können. Mitte Februar betragen die Zinsen für Kredite der Industrie 65% pro Monat, für den Handel 91,8%; für die Land-

wirtschaft und Viehzucht 61,4%. Monatlich werden die Zinsen neu definiert. Bis am 31. März sanken die Zinsen deutlich und wurden für den Monat April wie folgt festgelegt: Industrie 26%, Handel 28%, Landwirtschaft und Viehzucht 22%, Sonderkonditionen von 17,6% gelten für die Grundnahrungsmittel rote Bohnen, Mais, Reis und Hirse. Die Sparzinsen liegen zwischen 22 und 24%.

Die Wirtschaftsfachleute der Regierung sind sich bewußt, daß ihre drastische Schockpolitik möglicherweise eine schwere Rezession nach sich ziehen kann, die von niemanden gewünscht wird. Das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen in den Städten, im wesentlichen eine Folge der Stellenstreichungen im Staatshaushalt, und die sinkende Kaufkraft der Löhne werden zu einem wachsenden sozialen Problem. Hinzu kommt die Verkleinerung des Binnenmarktes durch den

Rückgang der Nachfrage unter den kleineren und mittleren Unternehmen, Bauern und Kooperativen schwer zu leiden haben.

Die sozialen Kosten dieser Anpassungsmaßnahmen wären erheblich geringer, und für die ärmsten Schichten der Bevölkerung weniger schmerzhaft, wenn die Regierung zur Unterstützung dieses Programms mehr Finanzmittel aus dem Ausland erhalten würde. (Damit ist leider auch in Nicaragua amtlich, daß die wirtschaftliche Rezessionsprogramme, wie weltweit, stets zu Lasten der sozial schwachen Bevölkerungsmehrheit geht, bzw. gehen muß, d.s.) Trotz der Sparmaßnahmen gibt es gegenwärtig, wo bereits der nächste Landwirtschaftszyklus beginnt, ein finanzielles Defizit von 250 Millionen US-Dollar. Das entspricht der Höhe der Exporteinnahmen eines Jahres.

Termine:

Wien:

Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Lesungen u.a.:

Mittwoch, 10. Mai, 15 Uhr: Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)

Diskussionsveranstaltung der "Grauen Panther":

"Sozialarbeit mit alten Menschen"

Donnerstag, 11. Mai, 19 Uhr: Republikanischer Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

Linker Buch Klub "Intifada"

Peter Melvyn spricht über Simcha Flappan "Die Geburt Israels". John Bunzl über Alexander Flores "Intifada. Aufstand der Palästinenser"

Dienstag, 16. Mai, 19 Uhr: Republikanischer Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

"Psychoanalyse der Waldheim-Generation" mit Edith Foster (Psychotherapeutin Berkeley, Kalifornien. Autorin des Buches "Maturatreffen - 50 Jahre danach"

Mittwoch, 17. Mai, 19 Uhr: Republikanischer Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

"Darf über alles die Eisenbahn drüberfah-

ren?"

Über die Semmeringbahn, die Verdorfung der großen Bahnhöfe und über die gefährdeten Chancen eines modernen Verkehrsmittels: von und mit Wolfgang Kos

Donnerstag, 18. Mai, 19 Uhr: Republikanischer Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

"Waldheim. Halbzeit - oder?"

Eine gemeinsame Veranstaltung mit der Vereinigung jüdischer HochschülerInnen

Montag, 22. Mai, 19 Uhr: Republikanischer Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

"Vorurteile" - Sozialpsychologische Studien am Beispiel Kärnten mit Klaus Ottomeyer (Analytiker) und Dietmar Larcher (Soziolinguist)

Dienstag, 23. Mai, 19.30 Uhr: Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)

"Männer und Umweltzerstörung. Die ökologische Krise als Krise des Patriarchats?" Diskussionsabend mit der Gruppe Männerforum

Mittwoch, 24. Mai, 19 Uhr: Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)

"Alles Gute!" Lesung mit Rainer Pichler und Stefan Eibel (!): in Zusammenarbeit mit der Grazer AutorInnenversammlung

Mittwoch, 31. Mai, 19 Uhr: Republikanischer

Club - Neues Österreich (Wien 1, Rockhgasse 1)

"Wer ist" - Über Revolution und andere Geschichten. Marginalien zum philosophischen Diskurs Hannah Arendts mit Ursula Kubes (Philosophin und Literaturwissenschaftlerin)

Kundgebungen, Aktionen, Demonstrationen

Freitag, 19. Mai

Weltbankpräsident in Wien (näheres dazu in diesem TATblatt - ganz vorne)

Samstag, 20. Mai: genaue Uhrzeit steht noch nicht fest - bitte im TATblatt-Büro telefonisch erfragen.

Solidemo für Sanjin Osterman (sitzt wegen Opernball im Gefängnis; siehe TATblatt minus 92)

Treffpunkt: Wien 3, Rochusmarkt

Route: Rochusmarkt-Hainburgerstraße-Jugendgericht Rüdengasse

Samstag, 10. Juni

Fahrradsternfahrt

Feste, Konzerte, etc:

Donnerstag, 11. Mai, 14 Uhr: Amerlinghaus (Wien 7, Stiftgasse 8)

Frühlingsfest der Lernhilfe für AusländerInnenkinder

Betrifft: TATblatt

Es ist soweit: Das TATblatt ist in einer finanziellen Krise. Aus diesem Grunde haben wir die vergangene Woche zur Schnorrwoche gemacht und in unzähligen Briefen um finanzkräftige Unterstützung gebeten. Noch lassen sich die Erfolge oder Mißerfolge noch nicht absehen, doch eins steht fest: irgendwie brennt uns schon der Hut.

Wie in den letzten TATblättern mehrfach verkündet, mußten wir dringend einen neuen zusätzlichen Computer anschaffen, den wir nun seit drei Wochen endlich haben, und den wir nun auf Raten abstottern. Dazu kommen mit penetranter Regelmäßigkeit horrende Papierrechnungen und auch nicht allzu geringe Rechnungen für Druckmaterialien; von Miete und so mal gar nicht zu reden. Die Privat-"Vermögen" von uns, aus denen so manche TATblatt-Investition bezahlt wurde, sind aber nicht mehr zusätzlich belastbar, sodaß wir nun dringend in den nächsten Tagen etwa 25 000 Schilling aufbringen müssen.

Eine Anhebung von Verkaufspreis und Baustein-Preis war - wie schon angekündigt - auch nicht abwendbar. Da viele Bausteine langsam ihre Gültigkeit verlieren, möchten wir euch bitten, möglichst rasch neue Bausteine zu kaufen (also mit anderen Worten: euer Abo zu verlängern). Wer noch keinen Baustein hat, dem/der sei der Kauf eines Bausteins ganz besonders an Herz gelegt.

Die Sorge, jetzt einen Baustein zu kaufen, dann aber kein TATblatt zugeschickt zu bekommen, weil wir Pleite gehen, ist relativ unbegründet. Die Geräte und Materialien zur TATblatt-Produktion haben wir ja schon. Es geht also "bloß" nur mehr darum, ob wir sie bezahlen können oder die Vorstandsmitglieder der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt tiefverschuldet gepfändet werden. Da dies aber natürlich die Produktion schon auch einigermaßen beeinträchtigen würde, empfinden wir fi-

nanzielle Unterstützung in verschiedenster Form auf alle Fälle als überaus dringlich.

In diesem Sinne sei hier auch noch auf die Möglichkeit hingewiesen, kleine wie große Geldbeträge einfach formlos und ohne Gegenleistung zu spenden.

Finanzierung des TATblatts - das heißt für uns auch: verstärkter Verkauf des TATblatts. Und um diesen anzukurbeln startet dieser Tage eine erste größere Werbecampagne. TATblatt-Inserate finden sich schon jetzt in verschiedenen Zeitschriften (da es sich dabei um Austauschinserate handelt, beinhaltet das dir nun vorliegende TATblatt ziemlich viele Inserate von ebendiesen Zeitungen). Plakate und Aufkleber sollen schon nächste Woche das Stadtbild gar mancher Stadt mitgestalten helfen.

Nicht zuletzt, um dadurch das TATblatt attraktiver zu machen wollen wir uns auch inhaltlich verbessern. Durch den neuen Computer und eine

neue Möglichkeit die Repro-Vorlagen auszudrucken (die wir in drei Wochen haben werden) kann die Zeit zwischen Redaktionsschluß und Erscheinungstermin herabgesetzt und das TATblatt daher aktueller werden. Und wenn langsam endlich einmal der Zeitaufwand für alle möglichen technischen Checks und fürs Geldschnorren geringer wird, können wir endlich wieder mehr Arbeit für "redaktionelle" Tätigkeiten aufwenden (Infos sammeln, recherchieren, Materialien durcharbeiten...).

Und wenn das alles funktioniert, und sich finanziell trägt, kann endlich daran gegangen werden, die Erscheinungsintervalle zu verkürzen.

In diesem Sinne: Wir brauchen dringend Geld! Ein Erlagschein liegt bei. Sollte er verlorengegangen sein: P.S.K. 7547 212 (Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)
Danke im Voraus.

Liebe und Kraft!
Einer vom TATblatt-Kollektiv

Betrifft: das letzte TATblatt (minus 92)

Auf die Beantwortung des Leserbriefes von L.S. gab es eine heftige, empörte Reaktion von Hans M. von der GE. Er hielt die Behauptung, daß die Lohnarbeitswelt im TATblatt deswegen zu kurz käme, weil an Leute, die in diesem Bereich politisch arbeiten, schwer heranzukommen sei, schlichtweg für eine Frechheit. Und damit hat er wohl irgendwie recht, denn, daß wir zur GE (Gewerkschaftliche Einheit - Alternative GewerkschafterInnen) keinen Kontakt hätten, können wir nunmal wirklich nicht behaupten. Die Antwort auf den Leserbrief war aber auch mehr in die Richtung gemeint, daß wir gerne "fertige", abtippbare Meldungen und Artikeln bekommen würden. Wie auch immer: Daß die Lohnarbeitswelt im TATblatt zu kurz kommt, das wird sich ändern.

Auf Seite 18 wurde für das nächste TATblatt ein "Interview mit Waltraud Boock" angekündigt. Davon abgesehen, daß es kein Interview ist, sondern eine Abschrift eines Tonbandes, das sie für eine Info-Veranstaltung besprochen hatte, heißt sie nicht Waltraud Boock, sondern Waltraud Liewald. Den Namen Boock hatte sie ihrerzeit durch Heirat bekommen. Inzwischen nahm sie aber bewußt wieder ihren alten Namen Liewald an. Die Tonbandabschrift findet sich in diesem TATblatt auf den Seiten 16 und 17.

Der "Luftraumüberwachungsturm des 'Autonomen Stattstaats Thalerland'", welcher als Illustration unseres Artikels "Abfangjagd" auf Seite 9 diente, wurde fälschlicherweise als Relikt bezeichnet. In Wirklichkeit wurde er im Winter Opfer einer Motorsäge und existiert mittlerweile nicht mehr.

Über die Fehler dieser Nummer (davon abgesehen, daß wir über viele Ereignisse, über die wir gern berichtet hätten, wie zB die StudentInnenaufstände in der Volksrepublik China u.v.a. keine oder zuwenig Informationen aufreiben konnten, um daraus Artikel machen zu können) könnt ihr im nächsten TATblatt nachlesen. Reaktionen und LeserInnenbriefe sind stets willkommen

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen.

Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrund-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.

Artikel, LeserInnenbriefe, etc bitte an:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt; 1050 Wien, Postfach 282
Bestellungen bitte mittels Erlagschein auf P.S.K. 7547 212 (Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt)

Die TATblatt-Kollektive:

Wien:

Büro: Wien 5: Margareten Gürtel 122-124/Stiege 1/Keller
Telefon: (0222) 54 23 07
Postanschrift: 1050 Wien, Postfach 282

offene Treffen:

jeden Donnerstag, um 19 Uhr im TATblatt-Büro.

Graz:

Kontakt-Telefonnummern:
Kristof: (0316) 83 57 79 oder
Elisabeth: (0316) 96 23 63

Redaktionscafé:

jeden zweiten Sonntag, um 19 Uhr im Café Thalia (Opernring 5a)
(nächstes Mal am 21. Mai)

An:

P.b.b. * Verlagspostamt 1050 * Erscheinungsort Wien

Das TATblatt im Abo: Der TATblatt-Baustein (um S 96.-)

Baustein-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus-Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon. (Wegen des teureren Versandtarifes ist es für TATblatt-InteressentInnen aus dem Ausland notwendig, zwei Bausteine zu kaufen, um das TATblatt zugeschickt zu bekommen)

Mitgliedschaft (für nur 1 Schilling täglich)

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1,- pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30,-. Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

TATblatt-Einzelverkaufsstellen: Wien:

Buchhandlungen:

- Buchwelt (9, Schwarzspanierstraße 15)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- VKA (6, Stiegegasse)
- Reisebuchladen (9, Kolingasse 6)

ferner:

- ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schottengasse 3a/1/4/59)
- EZA (5, Obere Amtshausgasse 38)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99; Mo-Fr 19-2 Uhr; Di: Frauentag)
- Das "Lokal" (8, Schönborngasse 11; tgl 18-2 Uhr)
- TU-Club (4, Panikgasse 1)
- Bioladen Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Graz:

- Dradiwaberl (Tummelplatz 6; Antiquariat Zinzendorfgasse)
- ÖH-GEWI (Schubertstraße 2-4; Zi. 5)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn. Fachbuchhandlung SPECTRUM (Schörgelgasse 9)

Auch der schönste Baustein geht einmal vorüber...

...und so kommt es, daß dieses TATblatt für viele das letzte sein wird, wenn sie nicht schnell einen neuen TATblatt-Baustein kaufen.

Ein Baustein gilt bekanntlich für zehn TATblatt-Minus-Nummern.

Ab sofort ist die letzte Ausgabe, die du um deinen Baustein noch zugeschickt bekommst, im Adreßpickerl, unter halb deines Namens, notiert ((in doppelter Klammer)).

Schau bitte mal nach, und verlängere dein Abo rechtzeitig - durch Kauf eines neuen Bausteins mittels beiliegendem Erlagschein.

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien; Margareten Gürtel 122-124 / Stiege 1 / Keller

Postanschrift: 1050 Wien; Postfach 282

Telefon: (0222) 54 23 07

Mailbox-Fach: (0222) 597 12 25 (TATblatt)

Bankverbindung/Konto: PSK 7547 212

DVR Nr: 0558371

Flugblätter und dgl sind als Dokumente aufgenommen und Bestandteil des TATblatts. Sofern sie Impressi tragen, haben sie hier keine Gültigkeit. Es gilt lediglich das Impressum des TATblatts.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

**Das nächste TATblatt
erscheint am 23. Mai
Redaktionsschluß für diese
Nummer ist am 16. Mai.**